

Bezugspreis:
Wochenblatt 18.50 RM, monatlich 4.50 RM
Jahrespreis 48.00 RM, inkl. Postgebühren
Unterstützung für Deutschland und Österreich 7.75 RM
für das übrige Ausland 12.00 RM
bei 14 täglicher Einmalzahlung 18.00 RM
+ Porto + Rücklage
Bestellungen nehmen an:
Dresden, Leipzig, Chemnitz und die Schweiz
Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse
Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Welt u. Zeit' erscheint wochentags zweimal, Sonntags einmal.
Telegraphische Adressen:
Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigensatz:
Die achtspaltige Normalspaltweite kostet 100 Pfennig pro Zeile und Tag.
Kleine Anzeigen, die festgedruckte Wort 75 Pfennig (zweiwöchentliche Worte) jedes weitere Wort 50 Pfennig, Einzelexemplare und Nachdrucksmengen bei erstem Wort 10 Pfennig, jedes weitere Wort 5 Pfennig.
Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte.
Anzeigen, politische und gesellschaftliche Berichte, Anzeigen 2-3 Zeilen die Stelle ohne Nachdruck.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden.
Bestellungen 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Verleger: Amt Vorwärts, Nr. 15190-15197.

Donnerstag, den 22. Januar 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Verleger: Amt Vorwärts, Nr. 11753-54.

Neues Gewittergrollen.

Ausmünzung der Not.

Im Ruhrgebiet wurde im März v. J. durch die Reichsregierung der Belagerungszustand verhängt, weil die Bewegung der Bergarbeiter auf Verfürgung der Schächtezeit mit politischen Forderungen verknüpft und die Ausführung von Notstandsarbeiten verweigert wurde, so daß die Gruben in die Gefahr des Erlaufens kamen. Nach Beendigung des Streiks konnte der Belagerungszustand nicht ohne weiteres aufgehoben werden, weil einmal noch eine starke Unruhe bestand und zum anderen mit dem Belagerungszustand eine Reihe von Verordnungen gefallen wäre, deren einige durch den Reichskommissar Geveking im Interesse der Arbeiter erlassen waren. Die wichtigsten davon waren: die Verordnung zur vorläufigen Dienstausweisung für Betriebsräte, die den Betriebsräten geschäftlichen Boden und bestimmte Aufgaben gab, und die Mieterschutzverordnung, durch die verhindert wurde, daß ein Mieter auf die Straße gesetzt werden konnte, ohne eine andere geeignete Wohnung zu haben.

Obwohl diese Gründe bekannt waren, obwohl sich immer mehr zeigte, daß Syndikalisten und Kommunisten auf einen neuen großen Putz hinarbeiteten, setzte eine Bewegung zugunsten der Aufhebung des Belagerungszustandes ein. Die verantwortlichen Stellen, insbesondere der Reichskommissar, konnten sich billige Volkstümlichkeit erwerben, wenn sie dem Drängen nachgegeben hätten. Zudem sie es nicht taten, haben sie die unheilvollsten Wirkungen neuer Störungen des Wirtschaftslebens - besonders im Hinblick auf die Kohlenwirtschaft - herbeigeführt. Als sie schließlich zugestimmten, eine Aufhebung des Belagerungszustandes zu befürworten, da geschah es unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß an seine Stelle der Ausnahmezustand nach Artikel 48 der Reichsverfassung treten sollte. Freilich sollte dieser Ausnahmezustand weitgehende Erleichterungen, besonders in Bezug auf Versammlungs- und Pressewesen, bringen.

Diese friedlichen Absichten wurden aber vereitelt durch die Ende Dezember einsetzenden Unruhen für einen neuen politischen Streik im Industriebezirk. Schon am 15. Dezember hatte die Bezirksleitung der Kommunisten in Düsseldorf folgende Anweisungen gegeben:
„Zunächst ist die Revolution in ein Stadium getreten, in dem die Arbeiterschaft, nachdem sie politisch niedergeschlagen ist, versucht, sich wirtschaftlich einige Vorteile zu verschaffen, d. h. ihren Lohn den Warenpreisen anzupassen und in den Betrieben Einfluß zu gewinnen. Diesen Bestrebungen der Masse müssen wir allerdings nicht entgegenkommen, aber wir müssen es berücksichtigen. Mit einem Wort: Die kommunistische Partei muß versuchen, in der ganzen wirtschaftlichen Bewegung Einfluß zu gewinnen, um dieselbe für ihre politischen Ziele auszunutzen.“

Zu diesem Zwecke wird empfohlen, in den Zentralgewerkschaften und in der Arbeiter-Union kommunistische Fraktionen mit einem eigenen Vertrauensmännersystem zu bilden, um die Gewerkschaften in ihren eigenen Reihen zu bekämpfen und die Arbeiter-Union von dem „verderblichen Einfluß der Syndikalisten“ zu befreien.
Und die Hauptleitung der Kommunisten erklärte in ihrem Rundschreiben Nr. 6, daß die Agitation nicht nur im Gegensatz zum Betriebsrätegesetz anzuführen müsse, sondern alle Nöte der Zeit - Kohlennot, Bekleidungsnot, Lebensmittelnot, Arbeitslosigkeit - sollten in dem Gedanken münden, daß sie nur durch revolutionäre Betriebsräte zu beheben sind.

Die Frankfurter „Rote Fahne“ kündigte bereits zu Weihnachten den großen Streik im Industriebezirk an, der sich nicht um eine Wirtschaftshilfe oder um einen neuen Lohnvertrag drehen würde, sondern um die alte Forderung: „Sozialisierung des Bergbaues, wofür die Vorbedingungen der Sturz der jetzigen Regierung und die Durchführung des Räteystems auf der ganzen Linie ist.“

Nach alledem konnte von einer Aufhebung des Belagerungszustandes keine Rede sein. Und wenn nach dem Ausbruch des Eisenbahnerstreiks der Ausnahmezustand für Rheinland-Westfalen mit Einschluß einiger bis dahin noch freier Gebiete erklärt wurde, so geschah das, weil das Leben des ganzen Volkes auf dem Spiele stand. In den meisten Orten rissen radikale Elemente die Führung an sich und es zeigte sich bald, daß sie weniger Rücksicht auf die berechtigten wirtschaftlichen Forderungen der Eisenbahner als vielmehr auf die vollständige Zerstörung unseres ohnehin fast vollständig erschöpften Wirtschaftslebens legten. Die Verweigerung der Notstandsarbeiten im notwendigen Umfange brachte

viele Städte in die Gefahr einer Hungersnot. Die Brotknappheit nahm in einigen Orten bereits drängende Formen an. Große Werke mußten wegen Mangel an Brennstoffen stillgelegt werden. Noch einige Tage und der große Kladderadatsch wäre dagewesen.

Die Gefahr wuchs, als planmäßig nach den Absichten der Kommunisten auch einige Fachenbelegschaften in den Streik eintraten. Zuerst war es die Spartakisten-grube Behofen, die im letzten Jahre wohl die meisten Streiktage zu verzeichnen hat. Dort kamen vorwiegend politische Gründe in Frage: Aufhebung des Belagerungszustandes, Freilassung von Schachthäftlingen usw. Die Schachtanlagen Leßberg 1/2 und 3/4 folgten. In der Belegschaftsversammlung der Schachtanlage Behofen vom 9. Januar wurde der Bund des Streiks unzweideutig dargelegt. Die Zeit sei jetzt gerade günstig, erklärte ein Redner, und die Bergarbeiter müsse sich nun mit den Eisenbahnern solidarisch erklären. Alle Lohnhöhungen könnten dem Bergmann nichts mehr nützen, sondern nur eine völlige Umgestaltung der Regierung und die Einführung der Diktatur des Proletariats. Sollte das Proletariat die Diktatur erhalten und das Kapital gestürzt sein, würden die alten Herren, die Besitzer, auf den Zehnpfennig gestellt werden und jeder gewedte Arbeiter würde wohl wissen, was er zu tun habe. Dieser Redner empfahl ferner unter dem johlenden Beifall der Versammlung, die Fierde aus der Grube zu holen und abzuschlachten! Ein anderer Redner forderte 60 und ein dritter allen Ernstes 100 - 150 M. Mindestlohn für jede Schicht. „Verläumt die Zeit nicht“, rief ein Redner am 11. d. M., „die Stunde ist da, denn das Kapital ist mirde und es braucht nur noch einen Schlag und es liegt erledigt am Boden!“

Die Wirkung dieser Reden äußerte sich zunächst darin, daß sich am 13. d. Mts. in Hamburg eine größere Menschenmenge sammelte, die das Rathaus stürmte, dort vorwiegend die Stenerakten vernichtete, die Räterepublik ausrief und dann schließlich zwecks Abschaffung des Kapitalismus riesige Pländerungen verübte. Als Militär einrückte, um die Ordnung wieder herzustellen, wurde es beschossen. Es gab auf beiden Seiten Tote und Verwundete.

Von Hamburg aus sollte der Streik ins übrige Reich getragen werden. Auf Fache „Vereinigte Helene und Amalie“ in Essen hatte ein Betriebsratsmitglied schon für den 13. Januar - also für denselben Tag, an dem in Berlin der Reichstag erobert werden sollte - den großen Schlag angekündigt, der die Regierung stürzen würde. Nur durch die Herrschaft des Proletariats könne eine Verbesserung des Loses der Arbeiterklasse erreicht werden. Hier gelang es den Abgeordneten der Kommunisten der Fache „Lohberg“, die Belegschaft in den Streik zu ziehen, der natürlich inzwischen schon wieder beendet ist. Auch auf anderen Werken würde es den kommunistischen Raufbuben gelungen sein, wenn sie nicht inzwischen festgesetzt worden wären.

Kann und darf die Regierung einem solchen Treiben tatenlos zusehen? Wenn sie es täte, angesichts der Not, die aus dem Kohlenmangel geboren ist - sie verdiente, glatt hinweggewischt zu werden. Hier müssen die schärfsten Mittel angewandt werden, um schämmerees Unheil zu verhindern. Die Fache „Behofen“ ist einstweilen geschlossen, die Arbeiter sind entlassen worden. Wegen der Unruhen und Pländerungen in Hamburg sind über 400 Verhaftungen erfolgt. Die kommunistischen und syndikalistischen und die „unabhängigen“ Zeitungen in Hagen, Remscheid und Düsseldorf sind bis auf weiteres verboten worden.

Nun werden wahrscheinlich die Klagen über das „rigorose Vorgehen der Regierung“ einsetzen. Aber soll denn die Regierung warten, bis wir ganz in den Abgrund geraten sind, bis die Arbeitslosigkeit und mangelnde Zufuhr an Nahrungsmitteln den wildsten Kampf aller gegen alle entfesselt und den blutigsten Bürgerkrieg ins Land gebracht hat? Es handelt sich eben heute um mehr als den Bestand der Regierung, es handelt sich um Sein oder Nichtsein des ganzen Volkes.

Wer in einer solchen verzweifelten Lage behauptet den Grund untergräbt, auf dem unsere Wirtschaft steht, ist ein Verbrecher am Volkswohl und muß als solcher behandelt werden, ganz gleich, in welchem Lager er politisch steht. Es kann keine Rede davon sein, daß die erwähnten harten Maßnahmen den Zweck haben, eine geistige Bewegung zu bekämpfen.

In diesem Zusammenhange muß der unheilvollen Rolle gedacht werden, die insbesondere die „Unabhängigen“

bei den Streiks im Industriebezirk spielen. Durch ihre unverantwortliche Hege haben sie in trauerlicher Uebereinstimmung mit den Kommunisten in der Hauptsache zu der geistigen Verwirrung beigetragen, in der heute viele Arbeiter leben. Wenn diese Arbeiter nicht mehr auf ihre alterproben, sich ihrer Verantwortung bewußten Gewerkschaftsführer hören, sondern jedem Schreihals nachlaufen, der ihnen recht viel verspricht, so ist das die Saat, die sie ausgestreut haben. Sie sind es, die ihnen die Idee der Gewalt eingeblasen haben in der Forderung der Räte-diktatur.

Aber freilich, greifen die Arbeiter zur Gewalt, dann waschen die „Unabhängigen“ ihre Hände in Unschuld. Wird dann der Gewalt die Gewalt entgegengesetzt, dann schreien sie wieder über die Unterdrückungspolitik der Regierung. Vor einigen Wochen forderte ein unabhängiges Blatt die Regierung auf, mit allen Mitteln für mehr Kohlen zu sorgen. Als aber der Reichskohlenkommissar in einer Preisbesprechung darlegte, daß die Einführung der Sechsstunden-schicht das Ende unserer gesamten Volkswirtschaft bedeute und daher die Presse auf diese Folgen aufmerksam machen müsse, da schrieb dasselbe Blatt, die Regierung wolle die Arbeiter nur einsehen. Die soll aber die Regierung mehr Kohlen schaffen, wenn die Arbeitszeit noch verkürzt werden soll?

Der Verantwortungslosigkeit, mit der heute im Ruhrgebiet wie auch im Reich „unabhängige Politik“ gemacht wird, dürfen auch unsere Genossen nicht länger zusehen. Anstatt sich auf die Abwehr zu beschränken, müssen sie auf der ganzen Linie zum Angriff übergehen. Man müßte ja an der Einsicht unserer Arbeiter verzweifeln, wenn sie nicht das frevelhafte Spiel einsehen, das die Unabhängigen mit ihnen treiben. Sie mißbrauchen die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter ebenso für ihre politischen Ziele wie die Kommunisten. An der Verzweiflung, die die Nöte der Zeit auslösen, locken sie ihre politische Parteiluppe und treiben die Arbeiter und unser ganzes Volk immer tiefer ins Elend hinein.

Da dürfen wir Sozialdemokraten nicht länger mit verschränkten Armen zusehen. Wir müssen ihnen die Larve vom Gesicht reißen und ihre Verbrechen am Volke aufzeigen. Wenn wir immer nur Stimmungspolitik treiben, wie es leider vielfach noch geschieht, so kommen wir bestimmt unter den Schlitzen. Die Gunst des Volkes ist ein schwankendes Ding. Wie leicht schlägt sie ins Gegenteil um. Nur dann können wir vor der Geschichte bestehen, wenn wir unbeirrt durch das Geschrei von rechts und von links unseren Weg gehen und je nach den Umständen die Front nach der einen oder anderen Seite nehmen.

In diesem Augenblick versucht man, im Ruhrgebiet Stimmung für den Generalstreik zu machen. In einem Flugblatt des Spartakusbundes heißt es, daß die U. S. P. in vielen Städten den Generalstreik erklärt habe. „Fordert keine Tonne Kohlen!“ heißt es darin. „Legt die Eisenbahnen still!“ Eisenbahner und Bergarbeiter werden aufgefordert, noch vor dem 1. Februar loszuschlagen. „Jetzt oder nie!“

Es ist zwar nicht anzunehmen, daß die Arbeiterschaft in ihrer Mehrheit dieser Parole folgen wird. Die Verbreitung des Flugblattes konnte verhindert werden. Die Streiks im Hamburger Bezirk sind so gut wie zusammengedrückt. Eine Generalstreikprobe in Düsseldorf ist geradezu lächerlich verlaufen. Aber es ist notwendig, daß den Arbeitern gesagt wird, wie wir wirtschaftlich stehen und welche politischen Folgen ein solcher Putz haben muß.

Wenn eine weitere Verschärfung des Ausnahmezustandes eintreten müßte, dann ist das nicht der Regierung, sondern den kommunistischen Drahtzieheren nebst ihren unabhängigen Helfern und Nachläufern zuzuschreiben. Aus dem Gewittergrollen darf sich unter keinen Umständen ein Gewitter entwickeln. Die niederfahrenden Blitze würden unser ganzes Wirtschaftsgebäude in Brand setzen.

Lohn und Lebenshaltung.

Die Lohnstatistik des Reichsarbeitsministeriums, von der bereits früher in der Presse die Rede war, ist nunmehr in ihren Grundlagen endgültig festgelegt und wird im Laufe des Monats Februar in einer großen Zahl deutscher Gewerbebetriebe zur Durchführung gelangen. In engem Zusammenarbeiten mit der Zentralarbeitsgemeinschaft und mit Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer hat man sich für eine Individual-Lohnstatistik entschieden. Die methodischen Vorzüge einer solchen ermöglichen

eine auf breiter Grundlage ruhende, weitgehende Erfassung aller volkswirtschaftlich und sozialpolitisch wichtigen Fragen. Die Erhebungen werden zum erstenmal einen wirklich zuverlässigen Einblick in die tatsächliche Lohnentwicklung in Deutschland gewähren. Augenblicklich ist leider niemand in der Lage, die tatsächliche Lohnhöhe für einzelne Wirtschaftszweige oder Berufsgruppen auch nur mit einiger Sicherheit zu bestimmen, was sich bei Tarif- und Einigungsverhandlungen und sonstigen Beratungen über Gehalts- und Lohnfragen stets aufs empfindlichste bemerkbar macht.

Die gegenwärtige Lohnstatistik steht in enger Beziehung zu der Lebenshaltungstabelle, für welche die Unterlagen bereits erhoben worden sind und gegenwärtig bearbeitet werden. Nur auf Grund der Einteilung Deutschlands in Klassen mit annähernd gleichen Lebensbedingungen wird es möglich sein, die durch die Lohnstatistik beschafften Angaben richtig zu bewerten und die bezahlten Löhne nach ihrer tatsächlichen Kaufkraft einzuschätzen.

Ansehnlich dieser hervorragenden Bedeutung der Lohnstatistik ist die fründige Mitarbeit aller Beteiligten, die schon bei den Vorbereitungen in dankenswerter Weise zum Ausdruck kam, unerlässlich. Die Unternehmungen dürfen die ihnen entstehende Arbeit nicht scheuen, durch die sie zu einer Gesundung der Lohnverhältnisse wesentlich beitragen. Und auch die Arbeitgeber und Arbeiter, die teils persönlich teils durch ihre Vertretungen an der Statistik beteiligt sein werden, müssen wissen, daß es ihre eigene Sache ist, für die sie tätig sind. Der Erfolg der Statistik wird deren Recht geben, welche nur von einem Zusammenwirken der Interessenten in allen Stadien der Erhebung eine wirklich brauchbare Statistik erwarten; auch in dieser Hinsicht hat der jetzt angeordnete Versuch einer umfassenden Lohnstatistik grundsätzliche Bedeutung. Er kann für eine vollständige Neuordnung des Dienstes auf volkswirtschaftlicher Grundlage wichtig werden und damit der Statistik die allgemeine Anerkennung, die ihr heute vielfach noch fehlt, verschaffen.

Belagerungszustand.

Und wird geschrieben:
Die „Kreuzzeitung“ läßt in ihren Spalten eine „geschätzte Seite“ darüber klagen, daß die Preussische Regierung seinerzeit den Belagerungszustand in Berlin aufgehoben habe und meint, daß diese Aktion unter dem Druck der „von der Strafe abhängigen“ Reichsregierung erfolgt ist. Daß die „Kreuzzeitung“ behauptet, die Preussische Regierung habe diesen Schritt wider besseres Wissen getan, sei nur nebenbei zur Charakterisierung der Beweisführung der von der „Kreuzzeitung“ „geschätzten Seite“ erwähnt. Die Preussische Regierung vertrat damals und vertritt heute den Grundsatz, daß dem Volke die verfassungsmäßig ihm zustehenden Rechte ihm nicht länger vorenthalten werden dürfen, als sehr wichtige Gründe dazu zwingen. Der „Kreuzzeitung“ mag diese Auffassung nicht ganz einleuchten, denn sowohl sie wie ihre „geschätzte Seite“ fühlten sich immer am wohlsten im Schutze der Ungelegenheit und sehen in dem Regieren mit Belagerungszustand einen Idealzustand, den man nicht sivol abfürzen soll. Zu der Zeit, als die Preussische Regierung den Belagerungszustand aufhob, war eine akute Gefahr nicht vorhanden, und es lag kein wirklich stichhaltiger Grund mehr vor, den Belagerungszustand noch aufrechtzuerhalten. Daß unverantwortliche Heher und Demagogen die maßgebenden Stellen gezwungen haben, den Ausnahmezustand zu verhängen, wird gerade in der Preussischen Regierung besonders hedauert. Denn hier wünscht man ein freiheitliches Regieren ohne Anwendung von Gewaltmaßnahmen, woran man sich freilich von den Streifen um die „Kreuzzeitung“, die ihre Aufgabe nicht so sehr darin sehen, mit dem Volke als gegen die große Masse des Volkes zu regieren, sehr wesentlich unterscheidet.

Geist und Masse.

Karl Bedger entwickelt im Januarheft der im Verlag von Eugen Diederichs-Berlin erscheinenden Zeitschrift „Die Tat“ wesentliche Gedanken über das Verhältnis von Geist und Masse, woraus wir die Thesen über die Rolle des revolutionären Idealismus abdrucken.

Dem revolutionären Idealismus ist als besonderes Merkmal aufgeprägt, daß ihm jedes Gefühl fehlt für den Abstand zwischen Geist und Masse. Wird dieses Gefühl aber einmal wach, so schlägt es gern in sein Gegenteil um, und war zuerst überhaupt kein Sprung zwischen Geist und Masse sichtbar, so gähnte nun auf einmal eine Kluft, über die für den verzweifeltsten Idealisten keine Brücke führt. Daß die großen Massenverächter als revolutionäre Idealisten beginnen, hat seine Ursache in diesem mangelnden Gefühl für Abstand zwischen Geist und Masse und in dem gefährlichen Umhang dieses Gefühls.

Trotzdem erfüllt der revolutionäre Idealist die Sendung des Geistes reiner als sonst ein Geistiger. Er geht vom Geist aus und strebt zur Masse hin, getrieben vom Mysterium der großen Mission, die dem Geist in der Welt gesetzt ist. Nun nimmt der revolutionäre Idealist leicht das Ziel für den Weg und hat kein Versehen für das Grundgesetz jeder Massenbewegung, enthalten in dem Umstand, daß sich das Tempo jeder Massenbewegung aus dem Schritt des Vorkämpfers der Masse ergeben muß, wenn der Bewegung nicht auf halbem Weg die Kraft angingen soll. Auch hier erklärt das mangelnde Empfinden für den Abstand von Geist und Masse alles. So nichts trennt, ist freilich der geradeste Weg der nächste Weg, und können wir die Welt fortig aus unserem Kopf nehmen wie Kinder ihr Spielzeug aus einer Schachtel, wir wären am Ende aller Not, aber auch am Ende alles Lebens.

Wo ist bei revolutionären Idealisten heute Einsicht in diesen Zusammenhang? Selten genug erkennt einer aus diesem Gesichtspunkt seinen geistigen Auftrag dahin, daß der revolutionäre Idealismus nur darum revolutionär ist, weil er wieder Grenzen aufweist, die im Schmelzen der gefährlichen Entwicklung vermischt und verworren worden sind.

Welche Grenzen wohl?
Masse ist Natur, und was in jedem von uns natürlich ist, hinsetzt ihn unausweichlich an die Masse. Jedes Loslösen aus diesem Verbundenheit führt der Einzelnen mit einem Schwung an natürlicher Kraft, mit Einbuße an Intimität, die durch nichts zu ersetzen ist, auch durch Geist nicht. Der Literat ist das äußerste Glied einer Kette, die sich von der Masse wegnimmt und die Welt auf ihren eigenen kleinen Schößling stopfen will. Der Literat ist sich selbst genug. Er beweist sich das, ohne es aber auch zu begründen, und hat deshalb auf dem Papier mindestens so oft recht, wie er im Leben unrecht hat.

Die Zeitungsverbote.

Die von den Zeitungsverlegern nachgesuchte Vespredung beim Reichsfinanzminister fand am Mittwoch statt, und zwar nahmen an ihr auch der Reichswehrminister, der Reichsminister des Innern, sowie ein Vertreter des Reichsjustizministeriums und der Pressesekretär des Reichs teil.

Die Verleger trugen die bereits in ihrer Entscheidung zusammengefaßten Wünsche vor, in der sie sich gegen die jetzige Praxis der Verbote von Zeitungen und Rahmung der Verträge wandten. Soweit Zeitungsverbote unerlässlich erscheinen, sollten sie nicht ohne Befristung und ohne Begründung erfolgen. Außerdem ersuchen unbedingt erforderlich die Schaffung einer Instanz zur Nachprüfung der die Pressefreiheit einschränkenden Maßnahmen. Der Reichsfinanzminister sowie der Reichswehrminister gaben eine Darstellung über den Ernst der gegenwärtigen Lage und ließen keinen Zweifel daran, daß sie, um im allgemeinen batesandischen Interesse der Lage Herr zu werden, weitgehende Maßnahmen für sich in Anspruch nehmen müßten und auf die Anwendung des nach Artikel 48 der Reichsverfassung zu verhängenden Ausnahmezustandes nicht verzichten könnten. Sie müßten die Möglichkeit behalten, gegen Zeitungen, die ohne Rücksicht auf das Allgemeinwohl in offener oder verheerender Weise zur Verwöhnung und Vernichtung des deutschen Wirtschaftslebens aufreisten, nachdrücklich vorzugehen. Dagegen wolle die Regierung bereit, im Interesse der gesamten Presse und des Zeitungsgewerbes den vorgebrachten Wünschen entgegenzukommen, den Zeitungsverboten in Zukunft eine Begrenzung sofort mitzugeben oder unmittelbar folgen zu lassen. Inwiefern eine Befristung der Verbote stattdessen könne, müßte der Ertrag nach vorzusehen bleiben. Außerdem solle das Reichsjustizministerium sofort eine Verordnung ausarbeiten, auf Grund deren eine Kommission — gebildet ist an einen Ausschuss der Nationalversammlung — eingesetzt werde. Dieser Kommission soll das Recht einer Beschwerdeinstanz gegenüber den behördlichen Anordnungen gegeben werden.

Die Regierungsvertreter und Verleger gaben der Hoffnung Ausdruck, daß auf Grund dieser Verständigung ein Zustand geschaffen werde, der den gegenwärtig bestehenden Schwierigkeiten und auch dem allgemeinen Rechtsbewußtsein entspreche.

Die Buchdrucker zu den Zeitungsverboten.

Die Vertrauensmänner der Berliner Buchdrucker und Hilfsarbeiter nahmen am Mittwochabend Stellung zu den Zeitungsverboten. Die Versammlung verließ zum Teil recht stürmisch. Von den Linksrädleren wurde schärfster Protest eingelegt gegen die erfolgten Verbote unter heftigen Ausfällen gegen die Regierung, die von der Militärkammer getrieben werde und ganz im Sinne der Reaktion stehe. Die Aktion richte sich nicht nur gegen die „Freiheit“, sondern gegen die ganze Richtung. Es liege in aller Interesse, gegen die Anhebung der Presse aufzutreten, denn was heute der radikalen Presse geschieht, könne morgen auch der Presse von rechts passieren. Sollte nicht das Verbot schneidender rückgängig gemacht werden, so müßten die Buchdrucker in den Generalstreik eintreten und die gesamte Presse lahmlegen.

Als ein Redner, der mit seinen radikalen Ausführungen bei einem großen Teil der Versammlung auf Widerspruch stieß, erklärte, die Buchdrucker seien die ergreiftbarste Masse, erhob sich ein großer Tumult, und der Redner mußte das Podium verlassen. Der Vorsitzende Raffini rügte die Beunruhigung und beendete es als unerhört, wenn ein Redner seine eigene Organisation in dieser Weise beschimpfte. (Stürmische Zustimmung.)

Mehrere Mitglieder der unabhängigen Sozialdemokratie verurteilten die Fahrlässigkeit und Unfähigkeit der unabhängigen Führer, die die Massen nach dem Reichstag dirigiert hlten, ohne sich weiter um sie zu kümmern.

Die Redner der anderen Seite verurteilten ebenfalls die Verbote der Zeitungen, ganz besonders aber deshalb, weil sie ohne Frist und Begründung erlassen worden seien. Sie seien auch unklug, die Regierung hätte die U. S. V. und R. P. D. ruhig sich gegen-

seitig beschimpfen lassen sollen, wie es gekommen wäre, wenn sie in ihren Zeitungen hätten schreiben können.

Raffini war in der Mißbilligung der Zeitungsverbote, wie sie erfolgt sind, mit allen Rednern einig. Die Verbote ohne Befristung und Begründung seien natürlich zu verurteilen. Man soll aber die Frage in Ruhe und leidenschaftlos behandeln. Es sei nicht klar, wenn man sich jetzt festlegen auf radikale Beschlüsse, die sich nachher nicht verwirklichen ließen. Es sei leicht, für den Generalstreik einzutreten, andes lebe es aber aus, wenn es so weit sei und die Mitglieder die Verbote verstoßen sollten. Die Kommission, die bei der Regierung vorgelegt worden war, habe erreicht, daß bei künftigen Verboten eine Befristung und Begründung gegeben und die Beschwerdef Kommission angehört werde. Das seien Erfolge, die man anerkennen müsse. Vorgehend sei es, so führte Raffini aus, daß ein Redner erklären konnte, wenn sie die politische Macht bekmten, würden sie fmliche rechtsstehenden Blätter einschließlich des „Vorwärts“ einfach verbieten. Weiter wies Raffini darauf hin, wo denn der Protest der Radikalen bei den Januarkmpfen geblieben sei, wo snft Zeitungen, darunter der „Vorwrt“, bescht waren. Das sei wohl keine Beschränkung der Pressefreiheit. Im übrigen empfehle er, die Resolution des Gewerkschaftsrates, die sich in seinem Gedankengang bemoge, anzunehmen.

Die nachfolgende Abstimmung ergab die Ablehnung aller Resolutionen von radikaler Seite mit großer Stimmenmehrheit. Angenommen wurde, ebenfalls mit großer Stimmenmehrheit, die Resolution des Gewerkschaftsrates, die sich gegen die Zeitungsverbote wendet, wie sie jetzt erfolgt sind und die die Garantien verlangt, die Raffini zum Ausdruck gebracht hatte. Die fünfgliedrige Kommission wird diese Resolution am Donnerstag an zuständiger Stelle unterbreiten.

Folgen des 13. Januar.

Amlich wird erklärt: Adolf Hoffmann hat in der Mittwoch-Sitzung der Preussischen Landesversammlung, angeblich nach einer Zeitungskorrespondenz, behauptet, daß ein Regimentsaususs, bestehend aus dem Reichspräsidenten und den Ministern Kossel, Koser und Kossel, mit Diktatorgewalt eingesetzt worden sei. Diese Behauptung ist unzutreffend. Wenn Hoffmann weiterhin behauptet, „man habe die Vorgänge vor dem Reichstage gebrucht, um die Einführung dieses Diktatoriums nach außen begründen zu können“, so ist das nur ein neuer Versuch für die unethische, verheerende und gewissenlose Propaganda der Unabhängigen.

In Bremen wurde der Geschäftsführer der kommunistischen Zentralkommission Dr. Paul Levi auf einem Handdach, wohin er geflüchtet war, verhaftet, in Berlin der Herausgeber der „Kreuzzeitung“ Dr. Alfred Goldschmidt. Das hiesige Organ der Unabhängigen „Die Republik“ wurde wegen wahrheitswidriger und verheerender Darstellung der Vorgänge am 13. d. Mts. verboten. Der Abordnung der Buchdrucker und Druckereihilfsarbeiter erklärte Reichswehrminister Kossel, er sei grundsätzlich für die Befristung von Zeitungsverboten. Nur habe sich in den Fllen der „Freiheit“ und „Kreuzzeitung“ sowie anderer radikaler Blätter die Befristung noch nicht empfehlen, weil die radikalen Gegner nicht in die Lage hätten versetzt werden dürfen, für die nächste Zeit politisch disponieren zu können. Wenn die bestehende Krise überwunden sei, werde man wahrscheinlich die Befristung der Zeitungsverbote grundsätzlich festlegen können.

Im Stogeb gegen den ehemaligen Wehrmchtigsten des Kaiserlichen Soldatenates Leutnant d. R. Friedrich Ferschlaudi wurde nach vierzehntgiger Verhandlungsbauer das Urteil gefllt. Es lautet wegen Mißbrauch der Dienstgewalt, Unterschlagung in Lateinisch mit vorsätzlicher Kündigung eines Untergebenen, Freiheitsberaubung, Bildung eines bewaffneten Hauses in Lateinisch mit Ungehorsam auf fünf Jahre Gefängnis und Dienstentlassung. Sechs Monate der Untersuchungshaft werden angedrt.

Jedes Zeitalter bringt seine Sätze der Vernunftlichkeit mit, die zugleich Sätze auf den Geist ist, weil die Vernunftlichkeit den Geist trägt. Für das bürgerliche Zeitalter, dessen Hhendmmerung eben hereinbricht, ist der Literat härteste Person. Dem Literaten dankt es dieses skularistische und leuchtende Jahrhundert, daß der Geist kaum mehr anders als „redend“ oder „schreibend“ gedacht werden kann; sein Werk ist der große Irrtum, daß die Entscheidung des Menschen lauten möchte: Geist oder Masse!

Hier steht das Verdienst des revolutionären Idealismus ein, der diese falsche Fragestellung über den Hausen rennt und, über die Wahrheit hinaussehend, Geist und Masse gleichsetzt. Dieses Verdienst bleibt auch dann groß, wenn die nahe Zukunft zeigen möchte, daß sich Geist und Masse langsamer finden, als das stürmische Rollen des Idealisten wünscht. Wir sehen wieder die Grenze klar, die der Literat mit Absicht verwischt hat. Sie läuft zwischen Geist und Masse durch die Vernunftlichkeit, durch die volle Vernunftlichkeit mit allen Kräften, bewussten und unbewussten, nicht durch eine Wehrmachtsmaschine, die mechanisch auf mechanische Reize antwortet.

Geist muß wieder organisch werden, was wesentlich anders befragt als: organisiert. Masse muß geistig gegliedert werden, was sehr viel mehr voraussetzt als alle die Einzinge in Kaufmänner, Einzelhändler, Parteimitglieder und ähnliche Frsitze der ordentlichen Statistik.

Die Freibeite des Mathematikers. In Berlin tritt zurzeit ein Knabe auf, der ganz Eritanisches im Schauspiel leistet. Die Begabung für das Schauspiel scheint mit der mathematischen zusammenzuhängen. In der Mathematik aber ist Freibeite nicht selten. Während bei anderen wissenschaftlichen Disziplinen eine besondere Freibeite nur in ganz seltenen Fllen beobachtet wurde, offenbarten die Vertreter der mathematischen Wissenschaft ihre uerordentlichen Fähigkeiten meist schon in früher Jugend. Pascal hat mit 12 Jahren selbständig eine elementare Geometrie entwickelt und mit 18 Jahren sein berühmtes Werk über Kegelschnitte verfaßt. Clairaut las mit 12 Jahren eine mathematische Abhandlung vor der Pariser Akademie, deren Inhalt er sechs Jahre später wurde, wozu er sich die Berechtigung durch die Veröffentlichung eines bedeutenden Buches über Kurven doppelter Krümmung erworben hatte. Lagrange wurde auf Grund seiner Abhandlungen zur höheren Analysis im Alter von 10 Jahren Professor an der Artillerieschule zu Turin, und Galois hat in dem gleichen Alter seine bahnbrechenden Entdeckungen in der algebraischen Gruppentheorie gemacht. Auch Newton, Gauß, der Norweger Abel, der Russe Ljebewitsch offenbarten in früherer Jugend ihr Genie. Man muß dabei in Erwägung ziehen, daß bei der Hervorbringung mathematischer Leistungen weniger Erfahrung und Studium in Betracht kommen, als bei anderen wissenschaftlichen Gebieten, sondern mehr eine natürliche Anlage, die denn wohl durch Fleiß und Studium erweitert und gefördert wird. Der Herdprozess des Mathematikers hat in gewisser Beziehung mehr Ähnlichkeit mit dem des Künstlers, insbesondere des Musiklers, als dem des Gelehrten. Vemerktenswert ist übrigens, daß zahlreiche Mathematiker besonders begabt auch in der Musik sind, oder doch

eine große Vorliebe für Musik haben. Es muß also eine innere Verwandtschaft zwischen Musik und Mathematik vorhanden sein.

Der Reichstheaterrat — Arbeitsgemeinschaft des deutschen Bühnenvereins der Gewerkschaft deutscher Bhnenangehriger, des Verbandes deutscher Bhnenkritiker und Bhnenkomponisten und der Vereinigung der Theaterverleger — belgte sich in seinen Sitzungen vom 16. und 17. Januar mit Entschlüssen des Theaterlebens jüngster Zeit und beschloß, zum Schutz der hnflerischen Freiheit gegen Putscherei und gegen Ungehorsam tug einzugreifen. Besonders wurde bei den Verhandlungen die Unterbrechung des Spiels durch planmäßig angelegte Theaterstnde aufs schrffte verurteilt. Andererseits gab die Entscheidung eines Ehrenleiters Veranlassung, mit den Mitteln der Organisation gegen ihn vorzugehen.

Theatersthle in Wien. Der Kohlenmangel in Wien hat zu einer Sättigung sämtlicher Theater geführt. Neben die wirtschaftlichen Folgen dieser Situation ansetzte sich der Whler des Wiener Theaterdirektorenverbandes: Der tägliche Kohlenverbrauch der Theater beträgt einen halben Wagon Kohle gegen dieses halben Wagon Kohle, der durch die Sättigung der Theater erspart wird, werden 32 000 Menschen, die beim Theater beschäftigt sind, drohtlos.

Theater. Unlge Erhaltung eines Hauptbesetztes fndet die Erhaltung des Schicksals „Herrn“ im Theaterkritikerkreis am Sonntagabend statt. — Die Uebersetzung von Hermann v. Rothemanns Schauspiel „Der Krenpung“ (I. Teil von „Friedrich der Große“) am Donnerstag, den 20. Jan., angelegt. Mit der Rolle des Krenpung beginnt Volker Kühnel vom Bühnen-Theaterhaus seine Tätigkeit am Staatstheater.

Clare Zug, die dramatische Sängerin der Berliner Oper, hat ein Engagement für Konzerte und Singspiele in den vereinigten Staaten abgeschlossen. Deutsche Gesangsstrke können diesen noch nicht zu sehen, die Abreise ist belohnt für 20 Abende 20 000 Dollars.

Aus der Republik der Wissenschaften. Richard Mllner, Professor der Chemie in München, hat den an ihn ergangenen Ruf als Nachfolger Emil Fischer nach Berlin abgelehnt.

Leo Ventur vom Lustspielhaus stellt Sonntag, den 25. 7. 12 Uhr, im Saale des Deutschen Opernhauses ein Christian Morgenstern.

Offe Koster-Zwischenfall. Am 25. Januar, 12 Uhr mittags, im „Kreuzzeitungs“-Kaufhaus, Kaufhausstr. 110, aus eigenen Beuten für den Galvanis-Kaufhaus.

Edoardo Fontana ist der Diktatorabend dieses Sonntags, nachmittags 4 Uhr, im Schillerpark Charlottenburg gebildet. Den einleitenden Vortrag hält Dr. Gustav Franz.

Stumpfe Kiste. Das Ench von Bruno Wille 60 Gebirgs-Tag fndet eine Feier am 1. Februar 1912, vorm. 11 Uhr in der „Vollständigen“ statt. Dabei wirken mit: Gertraud Schatz, Friedrich Reyer, Karl Kuster und das Orchester des Deutschen Opernhauses unter Edoard Mllner. Ansprachen halten Konrad Damsch und Karl Wierwille.

Wiste und uniere Zeit. Die bei der Diktatorfeier der Universität Jena von Prof. Bruno Wille gehaltenen Rede über dieses Thema wird erweitert als Sonderheft der „Zeitschrift zur Philosophie des deutschen Idealismus“ im Verlag der Reichlichen Buchhandlung in Frankfurt erscheinen.

Das Jannagewinn. Im Chicago Record Herald liest man: „Seier, was ist ein Jannagewinn? — Ein Jannagewinn, mein Sohn, ist ein Mann, der das Geld auszugeben versteht, welches er mit beisehen hat und das die Leute, die es zu erhalten meinen, niemals zu sehen bekommen.“

Eine S.-P.-D.-Redaktion militärisch überfallen.

Der Geschäftsführer der sozialdemokratischen „Niederbayerischen Volkswacht“, Genosse Schmid, telegraphiert uns:

Montag mittig 1/12 Uhr erschien in unserer Redaktion der Reichsmehrleutnant und Wirtschaftsdirektor Brand in Begleitung dreier Militärs und einer Holtperson und forderte von unserem Redakteur Selmayr in brütem Ton Rechenschaft über die in Nr. 12 unserer „Niederbayerischen Volkswacht“ enthaltene Solalnotiz „Ein teurer Mann“. Unser Redakteur machte den Offizier darauf aufmerksam, daß sich in der Notiz ein Irrtum befände, der jedoch in der folgenden Nummer bereits richtiggestellt sei, trotz dieser Entschuldigung hielt es Leutnant Brand mit seiner „Offizierschere“ für vereinbar, in der weitesten Weise loszuschlagen, unseren Redakteur, der sponungslos an seinem Schreibtisch saß, beim Redaktragen zu packen und regelrecht zu schütteln. Nur mit Mühe gelang es dem Redakteur Selmayr, sich von seinem Sitz zu erheben, sich das Benehmen des Herrn Brand zu verbitten und ihn zu ersuchen, mit seiner Begleitung die Redaktion zu verlassen, widrigenfalls der Offizier sich des Hausfriedensbruches schuldig mache. Diesen unglücklichen Vorfall Herr Brand erwartete zu haben; er zog eine zu diesem Zwecke mitgebrachte gelochene Hundepetische unter seinem Mantel hervor und schlug damit während auf unseren Redakteur ein. Nur dem Umstand, daß es unserem Redakteur gelang, den tobenden Offizier beim Krängen zu packen und gegen die Tür zu drängen, wobei der eiserne Ofen umfiel und das Wandschloß Schaden erlitt, ist es zu danken, daß unser Redakteur vor schwereren Verletzungen bewahrt blieb und mit einer leichten Schramme auf der Stirn davonkam. Als es unserem Redakteur gelungen war, sich und den Eisenriegel des Gittergitters zu befreien, seinen an der Wand hängenden Revolver zu ergreifen und sich mit diesem vor weiteren Tötlichkeitsversuchen des Offiziers zu schützen, zog eine der im Zimmer anwesenden Militärmannschaften ebenfalls den Revolver und zielt auf den Redakteur, die anderen im Zimmer anwesenden Personen verhielten sich neutral. Ein Militär mußte, man lese und laune, vor dem Redaktionszimmer Wache stehen. Erst als der Hundekopf zerbrach und sich nach der Ursache des Lärmes erkundigte, verließ Leutnant Brand mit seinen Helfershelfern das Redaktionslokal.

Die Landplage.

Die sehr gemäßigtere, fast industriell beeinflusste „Magdeburgerische Zeitung“ schreibt:

Altengrabow, 17. Januar. Das Schredensregiment der seit einigen Wochen im hiesigen ehemaligen Gefangenlager untergebrachten baltischen Truppen hat jetzt die Befehle des Lagers durch ein Bataillon der Reichswehr notwendig gemacht. Gestern rückte das Bataillon hier ein und stellte die durch die ungetretenen Gänge stark gefährdete Ruhe wieder her. Unter den Truppen, die hier demobilisiert werden sollen, befinden sich viele waschechte Russen, die ihren ganzen Hausstand mitgebracht haben. Sie wie auch ihre deutschen Kameraden fordern von der Reichsregierung vor ihrer Entlassung die restlose Erfüllung aller Verpflichtungen, die ihnen bei ihrer Anwerbung gemacht worden seien. Dabei sind die Leute mit Geld reichlich versehen und die unglücklichsten Schicksalgeschäfte werden hier trotz des strengen Verbots abgegeschlossen. Die Häuser der Umgebung sind mit gefesselt oder auf andere unrechtmäßige Weise erzwungenem Gezwänge überzogen. Auch zahlreiche Ausschreitungen gegen die heimische Bevölkerung liehen sich die internierten Truppen zuzuschreiben kommen und haben die Erbitterung gegen sie auf das höchste gesteigert. Daß es noch nicht zu blutigen Zusammenstößen gekommen war, ist nur dem Umstand zu danken, daß man die Baltentruppen vor ihrer Internierung entwaffnete. Den am Freitag in eine militärische Kasernenstraße verübten Einbruchdiebstahl, wobei den Dieben 20000 M. in die Hände fielen, glaubt man ebenfalls auf das Konto der fremden Truppen legen zu müssen. Hoffentlich geht der Wunsch der Bevölkerung nach schneller Befreiung von dieser Plage recht bald in Erfüllung.

Es ist bemerkenswert, daß ausgerechnet die „Magdeburgerische Zeitung“ über ihre Helden, die ihr bisher die letzten Träger des nationalen Gedankens waren, diese anfeindliche Schilderung eines hervorragenden Wirkens veröffentlicht hat.

Die Berufung gegen das Hiller-Urteil.

Die neue Verhandlung gegen den früheren Oberleutnant Hiller soll im kommenden Monat vor dem Gericht des Bezirks III in der Leichter Straße stattfinden. Das Altmaterial ist erst vor wenigen Tagen dem Gericht zugegangen. Die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Hiller im Fall Helmholz auf Grund des § 123 des Militärstrafgesetzbuches, also wegen Mißhandlung im Dienst mit tödlichem Ausgang ist nicht möglich, da dieser Fall vor dem Kriegsgesetz der Kommandantur bereits abgeschlossen und die Revision des Urteils lediglich auf Grund des § 123, der Mißhandlung eines Untergebenen im Dienst durch Schlägen und Stößen, erfolgte. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden alle die Jungen, die sich neuerdings gemeldet haben, in dem Wiederaufnahmeverfahren geüdet werden.

Tagung der Einwohnerwehren.

Die 10. Tagung der deutschen Einwohnerwehren, welche in Berlin am 20. und 21. Januar stattfand und von ministeriellen Vertretern und zahlreichen Abgeordneten der Einwohnerwehren aller Bundesstaaten besucht war, wurde von dem Leiter der Reichszentrale, Herrn Jaussen, mit einer Begrüßungsansprache eröffnet. Während am ersten Verhandlungstage verschiedene Organisationsfragen eingehend behandelt und wertvolle Anregungen gegeben wurden, ergingen sich am zweiten Tage mehrere Redner in längeren Ausführungen über die „Weiterentwicklung der deutschen Einwohnerwehren aus einer Abwehrorganisation zu einer Aufbauorganisation“. In der Aussprache kam allgemein der Wunsch zum Ausdruck, daß das Treiben der radikalsten Elemente und somit die Ursachen der Krise erreicht haben müßten und daß die Einwohnerwehren sich nun der Mitarbeit an der friedlichen Erneuerung des Deutschen Reiches widmen könnten. Herr Dr. Junkel betonte, wie unser neuer Staat die Kräfte solidarisieren muß, die nicht durch Klassenherrschaft, sondern durch natürliches Menschenrecht zu organisieren sei. Den Einwohnerwehren stehen in dieser Hinsicht zwar ungeheure, aber doch erzielbare Aufgaben bevor. Herr Dr. Posener-Wolfschlag ging auf die Vorgeschichte des Verbindungswesens ein, dessen sich die amtlichen Stellen nach immerfort kritisch und anscheinend ungenügend halten, und meinte, die Einwohnerwehren müßten das Interesse der Kommunen so zu wecken verstehen, daß diese bei der Verbindung ernsthaft mitwirken. Fänden sich Einwohnerwehrenmitglieder zusammen, unter sachkundiger Leitung sich selbst organisieren zu können, so träte nicht nur für den betreffenden Kreis eine erhöhte Garantie bezüglich der Sicherheit ein, sondern die Kommunen hätten durch die dadurch gewährleistete ruhige Wiederentwicklung der Industrie usw. einen größeren und dauernden Gewinn. Die sehr interessante Tagung endete mit dem Ruf des letzten Vorsitzenden, daß in den Einwohnerwehren sich nach und nach der ganze deutsche Volk, das wieder wie früher emporkommen werde, zu einer „geistigen Aufbauorganisation“ zusammenschließen möge.

Die ersten Heimkehrer.

Mittwoch früh trafen die ersten Gefangenen aus dem französischen Norden in Herbesthal ein. Der erste Zug brachte 698 Mann aus dem Lager Lille, die nach kurzem Aufenthalt nach Jülich weiterführten. Der zweite Gefangenenzug brachte 1081 Mann, die nach Düren weitergeführt werden.

Die Stimmung der Heimkehrer ist durchweg gut. Ihr Befinden ist ebenfalls zufriedenstellend, wie auch ihre Kleidung. Der Gesamtbrand, den die Leute machen, die jetzt aus langjähriger Gefangenenschaft heimkehren, ist im Allgemeinen gut. Es handelt sich durchwegs um Leute aus dem indonesischen Gebiete. Ein besonderer feierlicher Empfang fand nicht statt. Ansprachen wurden nicht gehalten. Die Heimkehrer wurden mit Wasser bewirtet und mit Liebesgaben bedacht.

Es werden tagtäglich 3 Züge in Herbesthal über die Grenze kommen.

Belgien hat die 20 deutsche Weiseln heimgeschickt. Vom 18. bis 21. Januar tagte in Berlin eine internationale Konferenz, die vom „Vollbunde zum Schutze der deutschen Kriegs- und Häftlingsgefangenen“, vom „Bunde der deutschen Frauen zur Befreiung der Gefangenen“ und von der „Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener“ einberufen worden war. Erreichten waren außer den genannten Verbänden des schwedischen Rote Kreuz durch einen Abgesandten des Fürsten Karl von Schweden, die Vereinigung schwedischer Frauen zur Befreiung der Gefangenen, eine Abgesandte der finnischen Frauen, das Holländische Komitee zur Befreiung der Gefangenen, Abgesandte Deutsch-Oesterreichs, das Generalkomitee des Roten Kreuzes in Berlin, die interessierten Behörden des Reichs und Abgesandte aus Berlin. Gegenstand der Verhandlungen waren die Maßnahmen für eine baldige Heimkehr der Gefangenen in Sibirien und die Fürsorge für diese bis zu ihrem Abtransport.

An unsere Abonnenten!

In unserer Neuausgabe vom Mittwoch ist in kurzen Zügen die Kollage, in der sich das Zeitungs-gewerbe zurzeit befindet, geschildert worden. Eine gigantische Steigerung der Preise aller Materialien, die zur Herstellung der Zeitung notwendig sind, bedroht die Grundlage und das Weiterbestehen der Zeitungen. Nicht nur Hunderten, sondern nach Tausenden von Prozenten bezieht sich diese Preissteigerung.

Drucker- und Anzeigerlöhne sowie die Gehälter der Angestellten und Redaktoren müssen der beispiellosen Preissteigerung aller Bedarfsartikel gegenüber gleichfalls bedeutend gesteigert werden. Die hierfür angenommenen Ausgaben übersteigen die Einnahmen aus dem bisherigen Abonnentenpreis um das Doppelte. Wir müssen deshalb, wenn auch schweren Herzens, den Abonnentenpreis nochmals um 1 Mark pro Monat erhöhen.

Der Abonnentenpreis beträgt ab 1. Februar 5,50 Mark pro Monat und Exemplar.

Unsere Abonnenten können versichert sein, daß wir diese Erhöhung gern vermeiden hätten, doch der „Vorwärts“ soll und muß im Interesse der wertvollen Bevölkerung Berlins und im Interesse der deutschen Sozialdemokratie in voller Lesefähigkeit erhalten bleiben. Wir vertrauen auf die Einsicht unserer Leser und Parteigenossen, daß sie trotz dieser Preissteigerung treue Abonnenten des „Vorwärts“ bleiben werden und durch Werbung neuer Abonnenten die fernere Entwicklung des „Vorwärts“ sichern.

Verlag des „Vorwärts“.

Clemenceau gegen Clemenceau.

In Obersten Rat sprachen Lloyd George, Ritti, Matsui und Wallace Clemenceau ihr Bedauern darüber aus, daß sie die Arbeit mit ihm gemeinsam nicht fortsetzen können. Clemenceau erwiderte in einer langen Rede und sagte, alle Mitglieder der Friedenskonferenz hätten das, was sie als das Interesse ihres Vaterlandes angesehen hätten, gut verteidigt. Jedoch habe man niemals die Notwendigkeit eines gemeinsamen Einverständnisses außer acht gelassen. Wenn die berechtigten Interessen jeder Nationalität gewahrt werden sollten, und wenn es ein ruhiges Europa geben sollte, dann könne dies nur geschehen, wenn das Recht jedes einzelnen anerkannt werde. Wenn England, Amerika, Italien und Frankreich vereinigt blieben, dann sei dies eine Garantie für den Frieden, die alle Sicherheiten überbiete, die man auf Papier schreiben könne. Wenn diese Nationen sich eines Tages trennen sollten, dann wage er nicht das Unglück vorauszusagen, daß daraus entstehen würde.

Laut Favas beabsichtige die Kammer, Clemenceau durch eine nationale Kundgebung, durch Ueberweisung eines Geschenk von einer Million, durch Bekleidung der Militärmedaille und durch seine Ernennung zum lebenslänglichen Senator zu ehren.

Neue Männer, alter Kurs.

Die deutsche Presse war gut beraten, als sie ziemlich einmütig davor warnte, aus der Niederlage Clemenceaus bei der Präsidentenwahl irgendwelche weitgehenden oder gar günstigen Schlußfolgerungen zu ziehen. Und diejenigen fanatischen Anhänger Clemenceaus, die der „Humanität“ zufolge, in den Wandelgängen des Palais Bourbon in letzter Stunde Dekhanel mit dem Argument bekräftigten, daß bei einer Niederlage Clemenceaus Berlin illuminiert würde, werden nicht behaupten können, daß die Haltung der deutschen Presse ihnen recht gegeben hätte.

Tatsächlich bleibt, namentlich in bezug auf die auswärtige Politik, der französische Kurs der alte. Der Kurs, den das französische Volk zu seinem ureigenen Schaden am 16. November selbst bestimmt hat. Die Politik des „nationalen Blocks“ bleibt Trumpf. Der beste Beweis dafür liegt in der Ernennung Millerands zum Ministerpräsidenten. Formell ist diese Wahl noch von Poincaré getroffen worden, aber sowohl Clemenceau wie auch Dekhanel hatten ihre Absicht kundgegeben, diesem führenden Mitglied des Nationalen Blocks die Bildung des neuen Kabinetts anzubieten.

Wir wollen hier nicht überflüssigweise alle Kunden wieder aufzählen, sonst würden wir an die Rolle erinnern, die der neue französische Ministerpräsident als Kriegsminister des Kabinetts Poincaré im Jahre 1912 gespielt hat. Er gehört unbestreitbar zu denen, die dazu beigetragen haben, die nationalistischen Strömungen in Frankreich zu stärken und somit Poincarés unheilvolle Wahl zu ermöglichen. Daß nach dem Siege Frankreichs Millerand zum Generalkommissar des wiedereroberten Elsaß-Rothringens ernannt wurde, war nur eine folgerichtige Belohnung seines Wirkens als Kriegsminister.

Was nun Millerand als Diktator in Elsaß-Rothringens geleistet hat, bestärkt uns in der Auffassung, daß die Zeiten noch lange nicht gekommen sind, in denen der Geist der Verjünglichkeit, den wir Sozialisten für die Be-

ziehungen zwischen den Völkern erstreben, zwischen Deutschland und Frankreich herrschen wird. Frankreich verdankt Clemenceau zwar den Sieg, oder was man heutzutage so nennt, aber es verdankt ihm auch einige hunderttausende Tote und einige Duzend Milliarden Schuldenlast mehr. Und Frankreich verdankt Millerand zwar die Ausrottung aller deutschgefügten Elemente aus dem Elsaß, aber es verdankt ihm gleichzeitig eine tiefgehende Entfremdung des elsaßischen Proletariats, das nur aus der Charnbis des kaiserlich-deutschen Joches in die Stalla des reaktionär-militaristischen Joches der französischen Bourgeoisie geraten ist. Die Stunde wird schon kommen, in der das französische Volk in seiner überwiegenden Mehrheit sein Urteil sowohl über Clemenceau wie über Millerand und über die Dankbarkeit, die es dem einen wie dem anderen schuldet, gründlich revidieren wird.

Unter diesen wird die Politik der rücksichtslosen Durchführung des Friedensvertrages, die Politik, die die herrschende französische Bourgeoisie selbst verlangt, weil es die einzige ist, die sich ihrem engstirnigen, egoistischen Geschichtskreis anpaßt und deren sie fähig ist, mit derselben blinden Konsequenz verfolgt werden, wie unter Clemenceaus Leitung. Weitherzige, den Grundrissen der internationalen Gerechtigkeit entsprechende Gesichtspunkte sind von dem Manne nicht zu erwarten, der im Elsaß das System der Judenitätsfarten eingeführt und das Demunziantentum zu einer heillosen Institution erhoben hat.

Welleidlich wird Millerand — im Gegensatz zu Pichon, dem blinden Diener Clemenceaus — so viel Einsicht haben, mit dem hoffnungslosen russischen Abenteuer Schluß zu machen und die Lösung der Friedensfrage in Ost-Europa mit anderen Mitteln als mit denen der bloßen Gewalt zu suchen. Das wäre ein Fortschritt, den wir, obgleich er uns nur indirekt beträfe, begrüßen würden. Nicht aus Sympathie für die Sowjetregierung, sondern aus Mitleid für die Leiden des immer geprühten russischen Volkes.

Die meisten Mitglieder des französischen Kabinetts Millerand sind Rentlinge, die der 16. November in die Kammer gebracht hat, wo sie verurteilt werden, die Verpflichtungen einzulösen, die sie dem Volke vor ihrer Wahl auf den Listen des Nationalen Blocks abgegeben hatten, und die sich in die bekannte Formel: „Le boche paiera!“ (Deutschland muß bezahlen) zukommenlassen läßt. Auch hierin haben wir, hat der europäische Kontinent nicht viel Gutes von der neuen französischen Regierung zu erwarten.

Millerands Programm.

Dekhanel erklärte unmittelbar nach dem Wahlsieg dem Deputierten und Pressevertretern, das Amt werde er im Geiste seines Vorgängers führen, und er versprach, er werde die Erfüllung der Friedensbedingungen durch die bisherigen Feinde als die wichtigste politische Maßnahme der nächsten sechs Jahre ansehen.

Der neue Kriegsminister Desobry ist derselbe, der in der Kammer noch zuletzt das Friedensbündel anhalten wollte, um zuerst mal Deutschland vollständig zu entwaffnen. Er scheint also auch von dem Anglistimmeln vor der deutschen Sache besessen zu sein; wenn man den „Elsaß-Vertrag“ ganz durchzuführen will, zögelt man nur die Nebensachelegation.

Raymond Fodda, Untergeneralsekretär des Millerand-Bundes, gab seine Entlassung wegen der schwierigen Lage, in der er sich wegen der Untätigkeit der Vereinigten Staaten hinsichtlich des Inkrafttretens des Völkervertrages befindet.

Die Stelle des Generalsekretärs der Wiedergutmachungskommission erhält der jetzige Leiter der Wirtschaftsabteilung des Völkervertrages, der Engländer Satter. Innerhalb nennen die anständigen „Daily News“ diese Ernennung glücklich. Freilich betont der Engländer Keynes in seinem Schilderungsbuch der Pariser Konferenz die vollständige Fremdheit, mit der die Engländer Kontinentsdingen gegenüberstehen.

Der Orientkrieg

„Times“ meldet, von arabischer Seite verlange, daß wieder Gefechte zwischen Franzosen und Arabern stattfinden, wobei diese siegreich waren und französische Maschinengewehre erobert haben.

Das Reutersche Bureau erzählt, daß in London eingetroffenen Berichten zufolge an der asiatischen Grenze ein schweres Gefecht stattfand, bei dem die britischen Verluste 380 Mann betragen. Die Rosanne, die in das Herz des Wadschlandes vordrängte, fiel auf harten Widerstand. Die Führer der Aufständischen hätten jetzt freiwillig um Genesung des fremden Vorkämpfers gebeten und erklärt, daß sie sich den ihnen gestellten Bedingungen fügen würden.

Ein Moskauer Funkpruch meldet heftige Kämpfe zwischen Weißen Truppen und Aufständischen bei Jekaterin. Ein Teil der Rosanne habe sich den Aufständischen angeschlossen. Auf der Halbinsel Kamtschatka brach eine revolutionäre Bewegung unter den Truppen aus, die zu den Kasakern übergingen und die bisherigen Behörden verhafteten.

Die Aufständischen im Kaukasus haben Tordant angegriffen, wurden aber zurückgeschlagen. Die englische Kaukasusarmee hält eine Linie, welche die Eisenbahn Sarisun-Jezzerinador kreuzt. Durch Hochwasser wurden viele Brücken weggerissen; Persische der Bolschewisten, den Don zu überschreiten, glückten nur südlich Nadschikewan, wo es einer kleinen Abteilung gelang, sich auf dem linken Ufer festzusetzen. Die nach dem Schwarzem Meer entlassenen englischen Kriegsschiffe sind bestimmt, die durch den Vorkampf der Bolschewisten bedrohten englischen Interessen und die englischen Interessen zu schützen. Gleiche Maßnahmen werden in Madagaskar getroffen.

Der Export von Raiko nach Luxor wurde von Aufständischen zum Entschieden gebracht. Es wurden ungefähr 2000 Pfund Sterling geraubt.

Die Polen werden aus Angst vor den Bolschewisten in dem ihnen zugefallenen Teil Ost- und Westpreußens Aufhebungen vornehmen. Wir bezweifeln, daß Moskowien sich sehr begierig für die Sicherung der polnischen Fremdherrschaft schlagen würden.

Kleine politische Nachrichten.

Sum Kaiserprozeß erklärt der sozialistische „Dalla Herald“, daß der Prozeß vor ein deutsches Gericht gehöre; im Übrigen sei Churchill ebenso schuldig und anklagewürdig.

Velen macht gut. Der polnische Divisionskommandeur hat dem Gouverneur von Lublin sein Bedauern über den Verlust bei Sigenau ausgesprochen, der durch schmerzliche Teilübermittlung über Beschau entstanden sei. Die polnische Regierung werde für alle Schäden auskommen, die dadurch entstanden sind, was durch das Aufgabekommando überwacht werden solle.

Freilassung ungarischer Kommunisten. Die deutsch-österreichische Regierung hat die in Kaschau internierten ungarischen Kommunisten mit Ausnahme derjenigen, gegen die Anklagen vorliegen in der Schweiz sind, freigelassen. Nur 12 der Internierten sind zurückgehalten worden, darunter Bela Kun, Josef Pogany, Franz Bettsheim und seine Frau.

Gewerkschaftsbewegung

Finanzreform im Deutschen Holzarbeiterverband.

Im Deutschen Holzarbeiterverband wird demnächst eine sehr beträchtliche Erhöhung der Beiträge durchgeführt. Der Vorstand veröffentlicht einen Entwurf für die Neuregelung der Beiträge und der Unterstufungen, über welchen ein zum 26. April nach Berlin einberufener außerordentlicher Verbandstag endgültig entscheiden soll. Daneben macht der Verbandsvorstand von seinem statutorischen Recht Gebrauch, indem er ab 1. Februar Extrabeiträge auskündigt. Diese Extrabeiträge sind obligatorisch, den Mitgliedschaften in den einzelnen Orten ist aber die Entscheidung über die Höhe des Extrabeitrages überlassen. Es sind wöchentliche Extrabeiträge von 25 Pf. bis 2 M. vorgesehen; den Mitgliedern wird jedoch empfohlen, den Extrabeitrag so hoch zu wählen, daß er zusammen mit dem ordentlichen Beitrag die Höhe eines durchschnittlichen Stundenverdienstes ergibt. Diese Extrabeiträge sollen zugleich zu den künftigen höheren Wochenbeiträgen überleiten, die nach den Bestimmungen des Statuts, sofern sie vom Verbandstag beschlossen sind, noch einer Abstimmung unterliegen und deshalb vor dem 1. Juli kaum in Kraft gesetzt werden können.

Der Holzarbeiterverband hat zuletzt im Jahre 1917 eine großartige Finanzreform durchgeführt, die mit Beginn des Jahres 1918 in Kraft trat. Der Verbandstag im Jahre 1919 hat dann die Beiträge auf 50, 75, 100, 120, 150 und 180 Pf. erhöht. Diese Beitragserhöhung sollte ausschließlich dazu dienen, die Streikunterstützung zu erhöhen.

Im Hinblick auf das Bedürfnis nach einer weiteren Steigerung der Höhe der Streikunterstützung soll auch die neue Finanzreform durchgeführt werden. Dabei kommt aber auch in Betracht, daß die relative Höhe der Beiträge, gemessen an der Höhe des Lohnes, stark gesunken ist. Dadurch war es nicht möglich, den Kampffonds in gewünschtem Maße zu stärken. Absolut ist das Verbandsvermögen nicht gesunken. Bei der gewaltigen Steigerung der Mitgliederzahl — der Verband zählt etwa 865 000 Mitglieder gegen 180 000 vor dem Kriege — ist aber das auf den Kopf des Mitgliedes berechnete Vermögen beträchtlich zurückgegangen, ganz abgesehen von dem stark verminderten Wert des Geldes.

Nach dem Vorschlage des Vorstandes sollen neun Beitragsklassen eingeführt werden mit Wochenbeiträgen von 50, 75, 100, 125, 150, 200, 250, 300 und 400 Pf. Die Mitgliederversammlungen beschließen, welche Beitragsklasse für den Ort maßgebend ist, sie sollen aber verpflichtet sein, die Beitragsklasse zu wählen, die dem durchschnittlichen Stundenlohn des Orts resp. des Berufs am nächsten steht. Bei der Arbeitslosen-, Reise-, Kranken-, Alters- und Sterbeunterstützung bleiben die Sätze im wesentlichen auf der jetzigen Höhe; sie erfahren eine Erhöhung nur soweit, wie das durch die Angliederung der höheren Beitragsklassen bedingt ist. Dagegen erfahren die Höhe der Streikunterstützung eine beträchtliche Steigerung. So wird z. B. für den Wochenbeitrag von 1,50 M. an Streikunterstützung gezahlt nach einer Mitgliedschaftsdauer von

	15	25	52	156	260	520	Wochen
Bisher	16	22	29	32	26	40	Mark
Künftig	18	25	35	40	44	48	

Die wöchentlichen Höhe der Streikunterstützung sind natürlich in den höheren Beitragsklassen beträchtlich höher. Für die vier höchsten Klassen sind die folgenden Wochenhöhen an Streikunter-

stützung vorgesehen: Nach einer Mitgliedschaftsdauer und Beitragsleistung von

Wochenbeitrag	15	25	52	156	260	520	Wochen
2,50 M.	26	35	46	52	58	64	Mark
3,—	30	40	54	60	68	76	
3,50	35	46	62	70	78	88	
4,—	40	50	70	80	90	100	

Dazu wird in allen Beitragsklassen für jedes Kind unter vierzehn Jahren ein Zuschlag von drei Mark pro Woche gewährt. Um die Mitglieder recht schnell in den Genuß der höheren Unterstufungshöhe zu bringen, sollen diese schon dann gewährt

Arbeiter- und Betriebsräte!

Vertreter aller Gewerkschaften, die Mitglieder der S. P. D. sind.

Heute Donnerstag, den 22. Januar, nachmittags 5 Uhr, im Plenarsaal des ehem. Herrenhauses, Leipziger Str.

Versammlung.

Tagesordnung: Stellungnahme zu den bevorstehenden Betriebsratswahlen.

S. P. D. - Fraktion des Volksrates. J. A.: Srolat.

werden, wenn die höheren Beiträge 13 Wochen lang gezahlt wurden, wobei die zunächst in Betracht kommenden Extrabeiträge angerechnet werden.

Der Vorstand des Holzarbeiterverbandes hat seinen Plan zunächst mit den Gewerkschaften und einem Vertreter des Verbandsausschusses beraten. In dieser Konferenz wurde festgestellt, daß in den Kreisen der Mitglieder der Wille, höhere Beiträge zu leisten, allgemein vorhanden ist. Es darf deshalb erwartet werden, daß diese Finanzreform ohne nennenswerte Reibungen durchgeführt wird.

Einigung in der Binnenschifffahrt.

Am 14. Januar haben im Reichsarbeitsministerium unter Vorsitz des Referenten, Regierungsrats a. D. Erler, Verhandlungen zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen der Binnenschifffahrt auf der Elbe, Oder und den Märkischen Böhmerstraßen wegen Gewährung einer Teuerungszulage stattgefunden. Nach langwierigen Verhandlungen kam man zu einer Einigung auf der Grundfrage, daß den Arbeitnehmern eine Teuerungszulage in Höhe von 80 Proz. der nach den bestehenden Tarifabkommen gültigen Löhne mit Wirkung vom 1. Januar 1920 ab zugesichert wurde. Diese Erhöhung der Löhne bedeutet für die Bootleute eine Zulage von 27 M. die Woche, für 1. Dampferfeuerleute 30 M. und für Kapitäne und Maschinenisten 38 M. Die Arbeitnehmerorganisationen verpflichten sich, an ihre Mitglieder einen Aufruf zu richten, die Arbeitsleistung im Rahmen der im Tarifabkommen festgesetzten Arbeitsbedingungen möglichst zu steigern. Damit dürfte die Ruhe in der Binnenschifffahrt auf absehbare Zeit gesichert sein.

Die Tarifverhandlungen im Versicherungsgewerbe.

Der Arbeitgeberverband lehnte in der Mittwochsitzung endgültig ab, vor Erledigung der Beratung über den Personenkreis zur

Frage der Wirtschaftsbefähigung Stellung zu nehmen. Die Fassung des Personenkreises beschloß der Arbeitgeberverband wie folgt:

Personenkreis. 1. Dieser Tarifvertrag gilt für die Angestellten der privaten Versicherungsunternehmen, welche kaufmännische Angelegenheiten, insbesondere versicherungstechnische, bearbeiten, mit Schreiben, Rechnen oder ähnlichen Arbeiten beschäftigt werden, niedere oder lediglich mechanische Arbeiten für Bureau verrichten oder sich als Lehrlinge in einer geregelter Ausbildung zu einer der genannten Beschäftigungen befinden.

2. Es fallen nicht unter diesen Tarif: Praktikanten und Handlungsbevollmächtigte, Generalagenten sowie Angestellte bei Provinzial- und Verwaltungsgeneralagenten, Außenbeamte, deren Tätigkeit vorwiegend im Anwerben von Versicherungen besteht, Kantarier, die von den Pagarversicherungsvereinigungen lediglich im Schlichtungs- und Verbedienst zeitweilig beschäftigt werden, auf Probe Angestellte, sofern die Beschäftigungsdauer drei Monate nicht übersteigt, gewerbliche Arbeitskräfte und Einnehmer, soweit für sie andere Tarifverträge gelten, sowie Hausangestellte.

Die Vertreter des Zentralverbandes der Angestellten lehnten entschieden diese Fassung des bisherigen Geltungsbereiches des Reichstarifvertrages ab. Sie forderten nachdrücklich die Einbeziehung der Verwaltungs- und Provinzialagenturangestellten in den einheitlichen Tarif, sowie die Erreichung des Einheitslohnes auch für die alten Beamten für Leben, Unfall, Haft, sowie die Einnehmer und gewerblichen Arbeiter. Dabei sollte nach dem Vorschlage des Zentralverbandes ins Auge gefaßt werden, die Tätigkeit der Generalagentenbeamten, Außenbeamten, Einnehmer und der gewerblichen Arbeiter in besonderen Bestimmungen zum Stammtarif zu regeln. Auf die eindringlichen Vorstellungen der Angestelltenvertreter hin beschloß der Arbeitgeberverband, seine endgültige Stellungnahme in der nächsten Sitzung am Donnerstag, den 22. Januar bekanntzugeben.

Fachtechnische Fortbildung.

Unter dem Namen „Haar und Bart“ gibt der Arbeitnehmerverband des Friseurgewerbes eine fachtechnische Monatsbeilage zur „Friseurzeitschrift-Beilage“ im Umfang von 4 Seiten heraus, die sämtlichen Mitgliedern kostenlos geliefert wird. Die Einführung der Beilage erwies sich als notwendig zur Erhebung der Leistungsfähigkeit des Berufes, die bei der Lehrlingsmangel zu kurz kommt, sowie mit Rücksicht auf den ständigen Modewechsel im Damenfach.

Achtung! Pferdebedienstetener! Heute Donnerstag, den 22. 1., abends 7 1/2 Uhr, Branchenversammlung im Saal 10 des Gewerkschaftshauses, Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Zentralverband der Angestellten. Versammlungen am Freitag, den 23. Januar 1920. Fachgruppe 13, Sektion 6 (Chemischer Großhandel) Deutscher Versammlung (Stellungnahme zum Tarifvertrag) abends 7 1/2 Uhr, Westend-Hotel, Landsberger Str. 31. — Fachgruppe 16, Sektion 6 (Angestellte der Buchhandlungen, Zeitungsbibliotheken und Verlagsanstalten) Deutscher Versammlung (Verbindlichkeitsklärung des Tarifvertrages) abends 7 1/2 Uhr, Berliner Kongress-Saal, Kommandantenstr. 68/69. — Jugendgruppe: abends 7 Uhr Rosenheller Hof, Rosenheller Str. 11/12.

Wetterausblick für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittags. Ein wenig kälter, zeitweise etwas anflarend, jedoch überwiegend trübe, mit öfter wiederholten, im östlichen Küstengebiet vielfach starken, in den anderen Gegenden meist geringen Niederschlägen.

Bericht für den redaktion. Zeit: Walter Müller, Charlottenburg für Anzeigen: H. W. Müller, Berlin. Verlag: Hermann-Wolff & Co. Berlin. Druck: Hermann-Wolff-Verlag u. Verlagsanstalt Post-Str. 2. Berlin. Vertrieb: L. G. W. 1. Verlag.

Vornehme
Maß-Schneiderei
fertige Herrenkleidung, ebenbürtig jeder Maßarbeit
Sport-Kleidung * Herren-Wäsche * Herren-Artikel



Gebr. Wolff
& Keller

Das Haus der Herrenmoden
Berlin, Leipziger Str.
29

Preußens Trauer.

Die Preussische Landesversammlung ist am Mittwoch wieder zusammengetreten.

Vizepräsident Dr. Bartsch erinnert daran, daß während der Verhandlung der grausame Friedensvertrag in Kraft getreten sei, der Landeutsche Gebiete von Deutschland losreißt.

Abg. Wolff Hoffmann (U. Soz.): Auch wie bebauern die Rohziehung deutschen Landes, erschreuen aber die Revision des Friedensvertrages nicht durch einen neuen Krieg.

Als erster Gegenstand steht auf der Tagesordnung der Antrag der Regierung, betreffend Gewährung von

Beihilfen an die durch Hochwasser Geschädigten.

Nachdem Ministerpräsident Girsch die Vorlage kurz begründet, macht

Abg. Schilling (Z.) darauf aufmerksam, daß den Landwirten im Ueberflutungsgebiet besonders geholfen werden müsse.

Abg. Jürgel (Soz.):

Durch Frost und Mitternacht ist unsere Ernährung gefährdet, und jetzt, wo wir endlich die Kriegselbständigen wieder in den Heimat begrüßen wollen, steht eine Hochwasserkatastrophe ein, wie wir sie seit Menschengedenken nicht erlebt haben.

Finanzminister Dr. Südekum:

Himmel und Hölle haben sich gegen uns verschworen. Die Schatzkammer der Regierung verliert sich von selbst. Bisher durfte kein preussischer Minister in die besetzten Gebiete fahren, und in unserer Hand ist auch die Forderung der Ehre der preussischen Regierung gelegt.

Der Zentrumsparteitag.

(Schluß aus der Ueberflutungsdebatte.)

Wie gegen drei Uhr plötzlicher die Debatte über die Frage der Parteiorganisation und Presse in den von Dr. Braun geleiteten Bahnen dahin. Vor fast leerem Saale tragen die Redner ihre Wünsche vor; nur einmal wird es lebhafter.

In der Nachmittags-Sitzung referierte Fräulein Drangfeld über das Thema: „Die Frau in der Zentrumspartei.“ Sie gibt einen Ueberblick über die Entwicklung des Frauenwahlrechts und meint, daß dasselbe auch ohne die Revolution gekommen wäre.

Jan Kresereuter.

Seine Taten, Fahrten und Meinungen.

Zusammengefaßt von Hans Müller-Schiffner.

Madam Krüll, da habt Ihr wahrhaftig als Gott recht! Ich sag, die Ueberfahrt vom Leben zum Tod ist so kurz, daß man alles, was man von Glück an Bord hat, gut verkaufen soll, und alles, was sich von Widerwärtigem und Traurigem auf Deck findet, über Bord schmeißen soll.

„Grades“, unterbrach ihn Quaddelmehel, „es soll gut sein, halt du deine Red', ich geh' unterdes noch'm Standesamt.“

„Sel' rief Madam Krüll und rief die Augen auf, „Standesamt?? M'neur Grades!!“

„Jawoll!“ antwortete der, und ein stolzes Lachen lag über seinem roten Gesicht, „ich muß den ersten Jung anmelden!“

„Oh, la, la! Sacre nom de Dieu! (O, la, la, Heilige Mutter Gottes!) Ein Junge! Ich gratuliere! Ich gratuliere!“ Sie ergriff Grades' Hand und schüttelte sie kräftig.

„Grüßen die junge maman und Kissen den kleinen Dauphin! Oh, wie mich das freuen! Permettez! (erlaubt!) Ich muß auch anstehen eine Kerze für den kleinen Mann, daß er wird ein großer Junge wie man eher petit (weinerlicher kleiner) Matthieu!“

Sie zündete eine dritte Kerze an. „Mon petit Matthieu wird werden ein bravo Mann, wie eine war man von Matthieu. Sie müssen kennen meinen petit Matthieu! Er ist so groß schon wie seine alte maman, ou! Er ist in Lehre bei M'neur Debraut, wo er lernt, wie man macht die Bücher. Oh, ist sehr fleißig! Bald er kann ernähren seine alte, arme maman, ou!“

„So Gott will, Madam Krüll!“ sagte Grades, „und adieu!“

„Adieu, m'neur Grades! Adieu, m'neur Kattelmehel!“ Die beiden gingen weiter, und Madam Krüll setzte sich wieder auf ihr Klappstühlchen, nahm ihren Strickstrumpf und nickte ihnen glücklich lächelnd nach.

nister die Gebiete bereifen, um zu helfen. Wenn man daraus, daß nur 125 000 M. gefordert werden, eine unläutere Propaganda gegen Preußen herleitet, so wird hoffentlich die rheinische Bevölkerung sich darum nicht bekümmern lassen. (Beifall.)

Der Antrag der Regierung wird einstimmig angenommen. Es folgen

Keine Anfragen.

Auf Anfrage Dr. Jordan (Dem.) erklärt die Regierung, es würden Vorkehrungen getroffen, die umgekehrte Zuwanderung zu verhindern. Für einen Teil der Ausländer müßten Fremdenkontrollen eingerichtet werden bis zur Abfertigung.

Ein Verbot des Straßenhandels mit Süßigkeiten (Anfrage Haunser (Dnat.)) kann die Regierung nicht erlassen, da es Reichsrecht ist.

Der Beschluß der Gemeindevorstellung Berlin-Hohenschönhausen, daß bei Verheiratung von Beamtinnen das Beamtenverhältnis zu lösen ist (Anfrage Frau Arendsee (U. Soz.)), widerspricht der Reichsverfassung und wird von der Regierung beanstandet.

Der Antrag Dr. Hasebrader (Z.), die Landwirtschaftliche Hochschule aus Berlin fortzuverlegen, wird nach kurzer Debatte angenommen.

Vizepräsident Dr. Frenkel schlägt Verhagung vor. Abg. Wolff Hoffmann (U. Soz.) ersucht, den Antrag der Unabhängigen auf

Aufhebung des Belagerungszustandes

wegen als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, da im Lande Gerüchte verbreitet würden, an deren Klärung die Regierung besonders interessiert sei. Redner bezieht sich auf den Artikel einer Zentrumskorrespondenz, wonach sich unter Führung Eberts, Poppers, Kosses und Kochs eine Art Direktorium gebildet hätte, um mit einschüchternen Mitteln die Ordnung im Lande wiederherzustellen.

Abg. Heller (Soz.): Meine Freunde sind selbstverständlich bereit, den Antrag zur Verhandlung zu bringen, aber nicht morgen, zumal die Unabhängigen den Antrag zur Vereinfachung des Belagerungszustandes gegeben haben. (Großer Lärm bei den U. Soz.) Die Unabhängigen haben nicht den Mut, den Massen zu sagen: „Wir haben euch in die Reichsregierung hineingeworfen!“ (Erneute Tumulten, Pfeifschall, Schreie und Unabgängige beschuldigen sich gegenseitig.)

Nach einer Erwiderung des Abg. Rosenfeld (U. Soz.) wird der Antrag Hoffmann gegen die Stimmen der Unabhängigen abgelehnt. Nächste Sitzung Donnerstag, 12 Uhr. (Beim Beschlusse keine Vorlagen.) Schluß 8 1/2 Uhr.

Die Frauen aus den alten Zentrumsfamilien wurden Schilbhalter unserer Partei. Wenn der Zentrumswagen auf die jegliche Höhe heraufgeführt wurde, so verdanken wir das in erster Linie den Frauen. (Sehr richtig!) Bei den abgegangenen Zentrumsstimmen überwiegen die Frauenstimmen die der Männer bei weitem. (Hört! Hört!) Die Frauenstimmen als das Grundgerüst unserer Partei müssen restlos erhalten bleiben.

Grades und der stolpernde Quaddelmehel hogen aus der Gassenstraße in die Bergerstraße ein, wo ihnen von weitem schon der Marktlärm entgegenkollte. Sie mußten den zweiräderigen, hoch mit leeren Gemüßkörben beladenen Felsarren der Bauern ausweichen und als sie auf den Marktplatz kamen, blieben sie eine Zeitlang vor dem lauten, tönenden Gewimmel stehen, um einen Weg zum Hindurchkommen zu finden. Die Hammer, Volmerswerther und Oberkasseler Bauernweiber sahen die und breit in ihren gekloppten Röcken bei ihren Gemüß- und Kartoffelkörben und schrien, freischten, freischten und knabbelten sich mit den Bürgerfrauen, die zwei Pfennige vom geforderten Preis abhandeln wollten.

treten. Die Frau muß auch im Staatsleben die Kameradinnen des Mannes werden. Das Zentrumprogramm ist wie geschaffen, die Begeisterung gerade der Frauen zu wecken. Im vaterländische und nationale Gefinnung zu beteiligen, brauchen unsere Frauen nicht nach rechts zu gehen. Im Kampfe gegen den Sozialismus müssen wir das Banner des guten Glaubens aufrollen. Die Frau soll in der Politik nicht einfach eine Nachahmerin des Mannes sein, das Ethos unseres politischen Lebens wird sich durch die Bittarbeit edler Frauen heben. Echte Männlichkeit soll die Politik beherrschen, aber die Frauen dürfen nicht vermannlichen, sondern müssen ihre Weiblichkeit bewahren. In unserer Hand liegt, das Frauenwahlrecht zu einer Errungenschaft und Wohltat zu machen. (Lebhafte Beifall.) Präsident Hebenbach dankt der Rednerin und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß das Bündnis zwischen Zentrumsmitgliedern und Frauen festhaft sein möge.

In der Diskussion erheben die Frauen lebhaftige Klage über ihre allzu geringe Berücksichtigung bei der Bezeichnung der Ehrenämter in der Partei und bei der Verteilung der Kandidatensitze. Geordert wird, daß alles getan wird, um die politische Durchbildung der Frauen zu fördern. Frau Abgeordnete Reuhaus betont besonders, daß das religiöse Moment wie kein anderes geeignet ist, die Frauen an das Zentrum zu fesseln. Eine Delegierte aus Köln unterbrecht Karl, was die Rednerin über die innere Ablehnung der Gleichberechtigung der Geschlechter in der Partei gesagt hat. Es sei ein Unersiehlich, ob man eine Forderung nur bezweifle oder anerkenne. Frau Abgeordnete Schmitt tritt der Forderung nach Berücksichtigung der einzelnen Stände bei der Aufstellung der Kandidatenlisten entgegen und betont, daß das Parlament die Vertretung des ganzen Volkes sei und darum nicht die Zugehörigkeit zu einem Stande, sondern die Tüchtigkeit des einzelnen ausschlaggebend bei der Auswahl der Kandidaten sein müsse.

Von Seiten der Männer wird die Tüchtigkeit der Frauen in der Partei und die Berücksichtigung ihrer Wünsche anerkannt und deren Erfüllung zugesagt.

Um 8 Uhr abends wird zur Abstimmung über die Sitzungen geschritten, die nach dem Beschluß der Zentrumsvereinigung in der Nationalversammlung vom Oktober 1919 vorliegen. Mit einigen Änderungen wird die Vorlage einstimmig angenommen. Darauf verlegt sich der Parteitag auf Donnerstag 9 Uhr.

Wirtschaft.

Zur Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Die Fraktion der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei haben in der Nationalversammlung folgende Anfrage gestellt:

„Wie verhalten, bringt jetzt auch in Regierungskreisen die Ansicht durch, daß die Zwangswirtschaft in Deutschland nicht mehr aufrechterhalten werden kann und daß zur Hebung der deutschen Ernährungsverhältnisse die landwirtschaftliche Produktion freigegeben werden muß. Trifft diese Annahme zu?“

Nur jeden Fall ist es geboten, schon jetzt Maßnahmen vorzubereiten, durch die den Bevölkerungsschichten, deren Einkommensverhältnisse bei der erwartenden allgemeinen Erhöhung der Preise nicht folgen können, die Möglichkeit gebietet wird, diese wirtschaftliche Entwicklung zu überleben. Hat die Regierung sich mit dieser Frage bereits beschäftigt und welche Maßnahmen gedenkt sie zu ihrer sachgemäßen Lösung zu ergreifen?“

Wir erwarten eine schriftliche Antwort.“

Dazu schreibt die „Deutsche Tageszeitung“:

Die Anfrage beweist, daß den Gegnern der Zwangswirtschaft das Wohl der Bevölkerungskreise, die durch die Herstellung der Wirtschaftsfreiheit vornehmlich für ein längeres Ueberdauern ihrer äußeren Ausgaben für die notwendigen Lebensmittel haben würden, nicht nur ebenso am Herzen liegt, wie irgend einem Vertreter der „Autokratie“, sondern daß sie zugleich möglichst früh Schritte dafür getroffen wissen möchten, daß diese Bevölkerungsschichten jene Zeit ohne Schaden überleben können. Die Anfrage, die unseres Wissens aus landwirtschaftlichen Kreisen angeregt wurde, ist um so mehr zu begrüßen, je größer die Gefahr ist, daß die Regierung auch in dieser Frage wiederum die nötige Voraussicht vermissen lassen und eines Tages einer schweren Lage auszubereiten gegenüberstehen könnte. Hoffentlich machen sich Regierung und Parlament an der Hand dieser Anfrage den vollen Ernst unserer Ernährungsfrage klar und ziehen aus ihr endlich die Folgerung, die am ersten noch im Interesse der Herabsetzung gespart werden muß; daß wie mit allen Mitteln, vor allem mit dem Grundmittel der Wirtschaftsfreiheit, die landwirt-

schattete die dicke, rote Nase. An dem Auf und Ab des grauen Sänausbartes konnte man sehen, daß der Drögendid irgend etwas laute. Und wenn man sich an den blauen Schattest hinter Drögendid gewöhnt hatte, sah man in den auf dem Rücken liegenden Händen ein zerstücktes Stück Zeitungspapier, aus dem er ab und zu etwas herausfingerte und rasch in den Mund steckte. Ueber all dem Lärm und Geklirr sah in seiner ehernen Hute der Kurfürst John Wellen auf dem dicken Pferde und hielt gleichsam beschwichtigend seinzepter ausgestreckt. Die respektlosen Spoken hüpfen auf seiner grünen Krone herum und spitzscherten ihm frech in die Ohren, und die große Märzsonne kitzelte ihn in der knubbeligen Nase.

Grades und Quaddelmehel zwängten sich durch das bunte Getümmel, drückten sich an Drögendid vorbei, den Grades mit einem heiteren Kopfnicken grüßte, und gingen ins Rathhaus. An dem alten, schmiedeeisernen Kofotreppeengeländer vorbei schritten sie in den düsteren Korridor und suchten die Tür mit dem Schildchen „Klappdor, Standesbeamter“.

Grades wollte anknöpfen, da raunte ihm Quaddelmehel zu: „Höh, Grades! Du kannst doch nit mit der Bief bei dem Herrn reingeh'n! Ich sag ja, du hast kein' Manier, mit den Leut' umzugeh'n!“

Grades nickte und ging zurück ins Gelle und klopfte vorsichtig seinen „Ratenwärmer“ an dem bunten Vorzellan Schild aus, das drei Fuß hoch in die Wand eingelassen war. Eingetrodelt von einem Blumenfränzchen stand da „Wasserstand 1748“.

„Fernand!“ rief Grades, „gud' mol, dir wär' dat Wasser bis an den Bauchnabel gesungen.“

Grades steckte das Pfeifchen in die Rocktasche, ging wieder an die Tür und klopfte.

„Gereint!“ hörten sie eine dünne Stimme und hinterher ein Hüpfeln.

Grades trat ein; der eifrige Quaddelmehel blieb mit dem Kermel an der Klinke hängen.

„n' Dag, Herr Klappdor!“ sagte Grades, nahm die Schirmkappe ab und zerkrümelte sie in der Hand.

„Gode Dag, Herr Standesbeamter!“ verbesserte Quaddelmehel.

„Morgen“, erwiderte Klappdor, schaute die beiden über die Brille hinweg an und schrie dann weiter.

(Fortf. folgt.)

Schaffische Produktion wieder fördern müssen, wenn wir nicht schwerster Hungersgefahr entgegenstreben sollen.

Diese Ausführungen der „Deutschen Tageszeitung“ können den Anschein erwecken, als ob die Aufhebung der Zwangswirtschaft nahe bevorstünde. Wir haben so unsern Standpunkt zu dieser wichtigen Frage in dem Aufsatz: „Um die Zwangswirtschaft“ eingehend begründet. Soweit wir unterrichtet sind, besteht auch an der maßgebenden Stelle keineswegs die Absicht, die Zwangswirtschaft zu beseitigen. Gewisse Umbildungen in der Lebensmittelbewirtschaftung sind wohl in Aussicht genommen.

Der Zweck der Meldung ist nur zu durchsichtig. Man will die schwierige Ernährungsfrage zu parteipolitischen Agitation ausnützen und die Kritik noch dadurch verschärfen, daß man den Landwirten die nahe Aussicht auf Einführung der freien Lebensmittelwirtschaft und bedeutend erhöhte Preise eröffnet. Da sich viele Landwirte dadurch veranlaßt fühlen könnten, in der Getreideablieferung noch mehr zurückzuhalten, muß nochmals betont werden, daß die Regierung zur Steigerung der Ablieferung alle verfügbaren Mittel anzuwenden wird.

Es liegt daher nicht nur im dringenden Interesse unseres Volkes, sondern auch jeden einzelnen Landwirtes, sich an die Bewirtschaftungsvorschriften strengstens zu halten und zur möglichst raschen Ablieferung beizutragen.

Vermerksliche Propaganda.

Ein Leser sendet uns das folgende, ihm von Louis Seidel Nachfolger, Leipzig, übersandte Richtschrreiben:

„Bewusst und freiwillig müssen Sie selber über selber antworten für mögliche, unter den heutigen Verhältnissen aber mehr noch für die unünftigen Dinge und Maßnahmen einer weisen Gesetzgebung. Gernern, die ins Ungewisse gehen, erwarten Sie im kommenden Jahre. Das hässliche Reichsblattpaper steht vor der Tür und was uns allen an weiteren Schrägungsversuchen zudem noch in Aussicht steht, ist noch gar nicht abzusehen.“

Seiber läßt sich das alles nicht ändern. Gott sei Dank aber läßt es sich erträglich gestalten. Nehmen Sie was von dem, was Sie der sogenannten Allgemeinheit in unerschönten Ausgaben darbringen müssen, soviel als irgend möglich und legen Sie es wo und an. Rufen Sie unieren verhungerten Volkstand aus. Das Bier- bis Jahnische können Sie für Ihre Arbeit aus dem Zustande ziehen, wenn Sie Ihre Substrate dort anbieten.

Was unsere politischen Waisentkinder unseren Begnern im Friedensvertrag — ohne Grund — so freigeigig angefordern haben, haben wir dankende die Pflicht, ihnen wieder anzuehmen. Tun wir es doch! Es ist möglich, absolut möglich! Unser „Geldienst“ — er liegt bei — zeigt Ihnen die Wege zur Verwirklichung dessen, was uns allen notwendig ist. Widmen Sie ihm, bitte, einige Minuten Aufmerksamkeit. Sie werden nicht verloren sein.

Hochachtungsvoll

Periodico Suramericano
Abt. Geldienst.

Wir Kaufleute, schreibt dieser ehrenwerte Mitbürger!

Fässer und Papierstoff. In Penig ist eine Fabrik errichtet worden (Karpuralk-Werke, Penig), die die Herstellung hohler Körper, insbesondere Fässer aus Papierstoff bestrbt. Die Produktionsfähigkeit wird auf jährlich 15 Millionen Fässer beziffert.

Die Eisenbahn-Diebstähle. Die kaiserliche Staatsbahnenverwaltung hat an Entschädigungen für gestohlene Güter zahlen müssen: 1913: 295 000 M.; 1914: 191 000 M.; 1915: 255 000 M.; 1916: 450 000 M.; 1917: 2 088 000 M.; 1918: 5 259 000 M.

Leistung Lokomotivbestellungen. Der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet, daß das belgische Staatsministerium den belgischen Konstruktionswerkstätten eine Bestellung von 100 Lokomotiven in Auftrag gegeben hat. Da die Hersteller dafür ein Jahr Lieferfrist beanpruchten, mußte eine weitere Bestellung von 200 Lokomotiven den englischen Konstruktionswerkstätten in Armstrong übertragen werden. Eine zweite Bestellung von 150 Lokomotiven erhält die amerikanische Gesellschaft „American Locomotive Sales Corporation“, die dieselben in 30 Monaten abliefern wird.

Groß-Berlin

Moderner Geographienunterricht.

Den Film für die Schule zu nutzen sind Schulmänner und Filmeditoren andauernd bemüht. Bisher ist man freilich über erste Versuche noch nicht hinausgekommen. Vor einem Jahre wurde von dem Generalinstitut für Erziehung und Unterricht in Berlin eine eigene Bildstelle eingerichtet. Prof. Dr. Felix Lampe, ihr Leiter, hat gestern einem Kreis geladener Gäste eine Lehrprobe unter Verwendung eines Films. In dem großen Saal des Instituts hatten sich zahlreiche Vertreter der Lehrerschaft und der Schulverwaltung eingefunden, darunter Stadtschulräte aus Gemeinden Groß-Berlins, höhere Beamte aus den Provinzialschulkollegium Brandenburgs und aus dem preussischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, an ihrer Spitze der Minister Hoenisch. Als Versuchsschüler dienten Quintaner, Terzianer und Primaner der Körner-Realschule, die gleichzeitig unterrichtet wurden, um zu zeigen, wie ein und derselbe Lehrfilm auf die Schüler verschiedenen Alters wirkt.

Professor Lampe benutzte den von ihm selber zusammengestellten und von der Kultur-Abteilung der Umberjurn-Film-Aktiengesellschaft (Ufa) ausgeführten Alpenfilm, der zur Verwendung im Geographienunterricht bestimmt ist. Der Film verzichtet nicht auf die Landkarte, aber er läßt sie vor den Augen der Schüler entstehen. Diese veranschaulicht das Gebirgssystem und den Zug der Täler, das Netz der Flüsse und der Eisenbahnen. Der Schüler wird sodann durch den Film in die Gebirgswelt selber eingeführt. Hinzu auf den Felsen und Gletschern, hinab in die von Wildbächen durastrohten Schluchten. Er lernt die Verkehrswege des Gebirges kennen und die Verkehrsmittel, den beschwerlichen und sawindelerregenden Wied des Bergsteigers ebenso wie den bequemeren Wagen der sicheren Drahtseilbahn. Alles spielt vor dem Auge des Schülers sich ab und steht anschaulich vor ihm wie lebendige Wirklichkeit, verstärkt durch die besondere Eindringlichkeit, die das Raubbild hat. Die Aufgabe des Lehrers ist es nun, die Schüler anzuleiten, daß sie beobachtend das Wesentliche erfassen und es in Worten wiedergeben. In dieser Hinsicht brachte allerdings die Lehrprobe doch nicht das, was Prof. Lampe versprochen hatte. Er beschränkte sich auf ein kurzes Abfragen, wobei kein Schüler dazu kam, sich zusammenhängend zu äußern. Auf diesen Mangel wurde vom Schulrat Wille in der Besprechung hingewiesen, die nach Schluß der Lehrprobe stattfand. Prof. Lampe entschuldigte sich mit der Kürze der ihm zur Verfügung stehenden Zeit.

Doch es gesungen möge, den Film in den Dienst des Unterrichts zu stellen, kann man nur wünschen. Von der Schule könnte die Reform des Kinos ihren Ausgang nehmen, an der die Freunde eines edleren Kinos bisher sich vergeblich abgemüht haben.

Versammlungsfreiheit unter dem Belagerungszustand.

Von zuktändiger Seite wird dem „P. B. N.“ mitgeteilt: In der Dessenität besteht noch Unklarheit darüber, ob gegenwärtig unter dem Ausnahmezustand in Brandenburg und Berlin politische Versammlungen genehmigungspflichtig sind. Hierzu ist zu bemerken, daß in der maßgebenden Verordnung des Oberkommandos für den Landespolizeibezirk Berlin, den Stadtkreis Spandau und die Landkreise Teltow und Niederbarnim alle Versammlungen in nichtgeschlossenen Räumen, also unter freiem Himmel, sowie Umzüge und Ansammlungen von Menschenmengen verboten sind. Ueber Versammlungen in geschlossenen Räumen ist keine Bestimmung getroffen worden. Politische und andere Versammlungen in Sälen sind also nach bestehenden Bestimmungen nicht verboten und bedürfen daher keiner Anmeldung und Genehmigung.

Endlich die Magistratsgänse!

Endlich sind sie da, die langersehnten, angezeigten, viel bespöthelten, durchsichtigeren Magistratsgänse. Aus unergründlichen eigenen Kellern emporgekauft, wo sie ein trauriges Weibschicksal „belebten“, sind bestimmungsgemäß in der Fanne zu schmoren, hat ein weiser Magistrat sie glücklich in das trübe Licht der Jannar-tage entlassen. Er läßt sie wagenweise zunächst in die Markt-hallen, wo sie zum Ergötzen Jährlauber ihren feierlichen Einzug halten. Begrüßt mit Hallo und sonstigen Wühen der Gutzulanten, die sich lange auf diesen Augenblick gefreut zu haben schienen. 11,50 Mark das Pfund. Es ist nicht gerade billig in diesen Tagen, wo sich der Fleischpreis ohnedies zu senken beginnt, aber Gott, man freut sich heute um jede Kleinigkeit. Die Gänse fanden auch ihre Käufer, die sich nach stiller Vereinbarung in aller, durch jahrelange Uebung selbstgewonnene Gewohnheit „anstellen“ und — feilbieten. Ich, wie häufig diese Sitten, im ernstlichen gleichgesinnten Kreise Kritik üben zu können, über Gott und die Welt und nicht weniger über den Magistrat schimpfen zu können, der, na ja —

Ueberdies hätte der Magistrat es verboten, die Gänse vor dem Kauf zu berühren. Wo blieb also der gewohnte Griff in die Fetttelle der Gans, um ihre Stärke prüfen zu können. Dieses Verbot war sozusagen Wasser auf die Mühle und Oel auf das Feuer der Allerschuldbüßen. — Mit seiner ganzen Gänsegeheule war der Magistrat wirklich vom Pech verfolgt. Darum stärkte man die Gänselager nicht, hielt sich hübsch in der Reserveheit, die nach sozialer Kränkung die einzig mögliche Beste bleibt. Man war beleidigt und wollte „Galtung“ betreiben. „Schon recht dem Magistrat, wenn er sie nicht alle los wird, warum hat er nicht...“

Jugendgenossen und Genossinnen!

Sorgt mehr denn je für Massendefekte unserer Veranstaltungen. Unsere Organisation muß stärker und größer werden. Denn nur eine einigte und feste Bewegung kann uns das Ziel des Sozialismus bringen. Agitiert überall für den Verein „Arbeiter-Jugend Groß-Berlin“.

Das Schlafwagen-Logis.

Vor einiger Zeit tauchte bekanntlich der Gedanke auf, die mühsamen Schlafwagen zu betreiben, um der herrschenden Wohnungsnot, wenn auch hier nur im kleinsten Umfange, etwas zu heuern. Dieser Plan ist nicht ausgegeben worden. Er wird von der Eisenbahnverwaltung unterstellt, nicht aber auf überaus große Schwierigkeiten. Das letzte Hindernis bildet die Unmöglichkeit, die Wagen an die Kanalisation anzuschließen. Der Eisenbahnverwaltung mangelt es an dem Erfolg und dessen Wertung. Auch die Stadt Berlin, die dafür eintreten wollte, scheitert auf Schwierigkeiten zu stoßen. Zum Versuch sollten zunächst drei Wagen aufgestellt werden. Die Wahl des Platzes ist besonders schwierig. Die Wagen müssen so stehen, daß sie nicht angefahren werden können, sie müssen zugänglich sein, aber auch nicht den Betrieb behindern. Es ist jedoch festgestellt, daß im ganzen nicht nur 20, sondern sogar 33 Schlafwagen auf dem Berliner Endbahnhofen Platz finden, so daß 600 Betten bereitgestellt werden könnten. In Frage kommen der Anhalter, der Mittelbahnhofs und etwa noch der Leichter, Stettiner und Görlitzer Bahnhof. Es leuchtet ein, wie angenehm es für die Reisenden wäre, wenn sie spät in der Nacht ankommen und gleich auf dem Bahnhof Obdach finden. Als Preis für ein Bett ist etwa 15 M. angenommen.

Wie wenig trotz aller Rücksicht von den Behörden getan wird, um der noch immer grassierenden Wohnraumnot zu schenken, beweist folgende Auskunft:

Angeht es der mehr und mehr sich verschärfenden schrecklichen Wohnungsnot erscheint es sehr notwendig, einmal auf die Verhältnisse hinzuweisen, die mit dem Wohnraum in den öffentlichen Schulen bestehen. In jeder befindet sich eine Direktorenwohnung von durchschnittlich 8-10 Zimmern. Die Zahl der Bewohner ist oft nicht halb so groß. Weiblich wird der überflüssige Platz immer noch nicht ausgenutzt? Mit ihren beiden getrennten Eingängen könnten diese Wohnungen städtische Bürzweck aufnehmen, die jetzt den Gemeinden oft hohe Mieten kosten. Ueberdies würde Wohnraum für manche Familie frei. Bei der so leicht zu bewerkstelligenden Reduktion der übergrößen Direktorenwohnungen könnte man auch mancher Kinderreichen und von der allgemeinen Not bedrückten Lehrfamilien eine passende Behausung bieten. Hoffentlich werden sich die Direktoren gegen ein so soziales und datum auch wahrhaft nationales Werk nicht sträuben.

Zimmer noch „königlich“ — ?

Im „Vorwärts“ wurde vor einigen Monaten eine Reihe von Wehreden aufgeführt, die vor Revolution und Republik noch nicht aus ihren Stempeln, Briefbogen, Bekanntmachungen usw. die Bezeichnungen „königlich“ oder „kaiserlich“ beseitigt hatten. Die Festanlegung dieser Redaktionsstelle hatte den Erfolg, daß die betreffenden Verwaltungsstellen sich bekamen und endlich die notwendige Säuberung vornahmen. Daß dies aber noch nicht überall geschehen ist, zeigt ein von der Universität Berlin im Januar 1920 abgegebener Briefumschlag, den ein Universitätsprofessor zur Verfügung stellt. Am Kopf des Briefumschlages prangt: „Königliche Universität zu Berlin“, in der Aufschrift liest wir: „An den Königlich-Preussischen Universitätsprofessor Herr —“, der Portobehältervermerk lautet: „R. d. U. 21. A. G. L. V. Universitäts-“ und schließlich befindet der Stempel nochmals: „Königliche Reichs-Universität Berlin.“ Kann man noch mehr verlangen als diese stiermalige Versicherung, daß die Universität immer noch „königlich“ sei? Der Empfänger des Briefes schreibt uns, daß die Universität zu ihren Profilen an die Professoren noch ständig solche Briefumschlage benutzte. Er fügt hinzu: „Es dürfte wohl bald Zeit sein, daß auch die Universitäten der politischen Umgestaltung Rechnung tragen.“ Na, das meinen wir auch! Vielleicht hat aber die Universität Berlin noch einen reichlichen Vorrat von solchen Briefumschlagen mit dem dormal aufgedruckten Hinweis auf ihre ehemalige „Königlichkeit“, und man glaubt wegen der Papiernot viele Umschlüge noch gebrauchen zu sollen. Gewiß, das wäre eine Sparmaßnahme, die sich verdient. Abwasen sollte wenigstens das Sekretariat der Universität auf jedem Briefumschlag das stiermalige „Königlich“ durchstreichen. Die vier Durchstreichungen

auf einem und demselben Briefumschlag würden sich sehr einbrutzvoll machen. Der früher getriebene Unfug, überall mit dem Wort „Königlich“ umherzumerren, könnte nicht besser illustriert werden.

Vorzugskurse für Heimkehrer

für die Zeit vom 21. bis 25. Januar 1920:

Amerika	England	Frankreich	Belgien	Holland
Noten	Noten	Noten	Noten	Noten
65	240	530	850	2975
90	290	510	610	

Einreise in die besetzten Gebiete. Das amerikanische Oberkommando macht bekannt, daß nach Ratifikation des Friedensvertrages zur Einreise von Zivilpersonen in die von der Entente besetzten Gebiete lediglich nur noch ein Personal-ausweis mit dem Lichtbild des Inhabers und politischem Stempel erforderlich ist. Jeder weitere Zwang ist aufgehoben. Der Personalausweis berechtigt gleichzeitig zur Ein- und Ausreise, sowie ebenfalls zum Verkehr zwischen den besetzten Gebieten. Die Einreise von Militärpersonen in das amerikanisch besetzte Gebiet vollzieht sich nach den alten Bestimmungen. Anträge sind an die deutsche Militärkommission in Koblenz zu richten.

Durch den Tod haben wir wieder einen unserer Besten verloren. Der Genosse Rektor Georg Schlemmer von der 24. Gemeindefchule, Hinter der Garnisonkirche 2, ist durch Herzschlag verstorben. Besonders schwer trifft dieser Verlust die erste Abteilung, der er angehörte und deren Vertrauen er sich in hohem Maße erworben hatte. Sein Ideal war die Einheitschule, für die er in Wort und Schrift gekämpft hat. Ein lauterer Charakter, ein tapferer, lieber Genosse ist von uns gegangen — möchten seine Ideale verwirklicht werden und seine Arbeit seine Kollegenschaft zur Mitarbeit anspornen.

Rückgang der Massenhygiene in Reußla. Seit Beendigung des Krieges lassen die von den Städten getroffenen Einrichtungen zur Speisung der minderbemittelten Bevölkerung einen starken Rückgang in der Inanspruchnahme erkennen. Besonders deutlich tritt diese Erscheinung in Reußla zutage. Während im März 1919 in den städtischen Volksschulen insgesamt 628 326 Portionen entnommen wurden, sank die Zahl der betausgabten Portionen sprunghaft bis 39 960 im Monat November. Demzufolge ist nun mehr der größte Teil der Reußläner Volksschulen stillgelegt worden. Im Betriebe befinden sich noch die Küchen Berliner Str. 86 (Abendliche), Karlsgartenstr. 6-10 und Herzbergstr. 25/26, wo zum Preise von 2,25 M. reichhaltigeres Essen verabfolgt wird.

Sozialistische Bildungsschule. Heute abend 7 Uhr beginnen folgende Vortragskurse: Gruppe Süd-Ost: Aula, Dresdenstr. 118. Thema: Volkswirtschaft. Redner: Genosse Anoll. — Gruppe Ost (Landberger Viertel): Heinrichs Festale, Große Frankfurter Straße 30. Thema: Betriebsräte und Gewerkschaften. Redner: Adolf Cohen. — Gruppe Nordost (Zentrum): Aula des Königl. städtischen Gymnasiums, Greifswalder Straße 24/25. Thema: Volkswirtschaft. Redner: Genosse Wiffel. Der Beginn dieses Kurses ist auf Montag, den 20. Januar, verlegt worden. Teilnahmekarten 1,50 M. nach am Eingang des Saales. Vorort: Adlershof: Zeichenaal der II. Gemeindefchule, Radikstr. 10. Thema: Volkswirtschaft. Redner: Genosse Dr. Rohmann. — Reinholdendorf: Aula der V. Gemeindefchule, August-Victoria-Allee 38. Thema: Volkswirtschaft. Redner: Genosse Kabeitz. — Steglitz: Aula der Realschule am Stubenrauchplatz. Thema: Volkswirtschaft. Redner: Genosse Sauer. — Bildungsausschuß Groß-Berlin. Ratince: Staatstheater (Schauspielhaus), Sonntag, den 1. Februar, vormittags 11 Uhr. Eintrittskarten 1,10 M. im Bureau des Bildungsausschlusses, Lindenstr. 3 und in der Vorwärts-Buchhandlung, Lindenstraße 2. — 5. Muster-Kunstabend (Kammermusik), Sonntag, den 15. Februar, 7 Uhr. Eintrittskarten 1, — M. ab Sonnabend, den 24. Jan. in der Vorwärts-Buchhandlung, Lindenstraße 2, bei den Abteilungsleitern, und im Bureau des Bildungsausschlusses, Lindenstr. 3. — Abonnements-Festkonzert! Sonntag, den 20. Januar, nachmittags 8 Uhr, im Blüthneraal, Blüthnerstr. 76, erste Aufführung „Geister der Kunst“. Nur Inhaber blauer Karten. Sie machen darauf aufmerksam, daß die Karten unverzüglich eingelöst werden müssen. — Märchenvorlesungen: Sonntag, den 20. Januar, Schulaula, Schönhauser Allee 188a, nachmittags 4 Uhr; Schulaula, Kubeplatzstr. 67, nachmittags 3 Uhr; Schulaula, Ederstr. 16 mit Lichtbildern, nachmittags 4 Uhr.

Die Volkshochschule Groß-Berlin beginnt ihre Tätigkeit am 20. Januar in 10 Lehrstätten im Zentrum, Nordwesten, in Luisenstädtischen Gymnasium, im Norden Kleinfstr. 49, in der Königl. städtischen Oberschule, im Nordosten, Kaiserstr. 44/46, im Südosten (Treptow) und im Nealgymnasium im Süden, Mittenwalder Straße 34/37. Arbeitspläne und Karten sind an folgenden Stellen zu haben: im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 15, I Tr., Zimmer 15; im Gewerkschaftsbund der Angestellten, Eichenstr. 29/30 Hof rechts, Ausgang C, II, im Bureau der E. P. D., Bellevuestr. 7, II. Besprechungsversammlungen auch in sämtlichen Bureau der Gewerkschaften und Angestelltenverbände. Kartenverkaufsstelle (nur werktags von 6-6 Uhr abends) für Zentrum und Nordwesten in auch das Institut für Meerestunde, Georgenstr. 24/26 (Pörtner), für Norden, Nordosten und Süden auch die Pförtner der genannten Schulen.

Bereinigung der sozialdemokratischen Beamten, Angestellten und Hilfskräfte der Gemeinden Groß-Berlins (Verbandsrat E. P. D.). Wählerversammlung am Freitag, den 23. d., 7 Uhr, im Berliner Rathaus, Zimmer 109. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung wird um vollständiges Erscheinen gebeten.

Verband sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands und Deutsch-Ostpreussens, D. Groß-Berlin. Versammlung am 24. Januar, 6 Uhr, Berliner Rathaus, Zimmer 109, III. Gen. Schöne: Reform des Lohnunterrichts. Gen. Sekretär: Herrmann der Staatsstr. 4.

Ufa. Familienkulturbefähigung. Sonntag, den 25. Jan. und Aufnahme-tag von 2 bis 6 Uhr im Restaurant Gerichstraße 12/13, von 2 bis 6 Uhr Adalbertstraße 24.

Schmidweitz will nicht zu Groß-Berlin. Die Schmidweitzer Gemeindefretzung beschäftigte sich in einer dringenden Sitzung mit der Einbeziehung des Ortes in die Einheitsgemeinde Groß-Berlin. Schmidweitz ist die entlegenste Gemeinde und dürfte nur Nachteile aus dieser Maßnahme haben, auf irgendwelches Entgegenkommen oder wirkungsvolle Vertretung der Interessen des Ortes ist nicht zu rechnen, jede Selbständigkeit geht verloren, so daß die gesamte Gemeinde in einer besonderen Wirtschafft um Aufhebung des Beschlusses des Hauptauschlusses der Landesversammlung erlucht. Eine zu diesem Zweck erwählte Kommission der auch der Genosse Reffen angehört, wird bei den maßgebenden Stellen vorstellig werden, damit die Selbständigkeit unseres Ortes erhalten bleibt. — Zum Zweck der Ausführung des in der am 14. d. Mia. stattgehabten Gemeindefretter-Sitzung beschlossenen Kleinwohnhausbaues wurde die Aufnahme einer Anteile von 600 000 M. genehmigt.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Steglit. 500 Gramm Teilmaren, 500 Gramm Cranben, 250 Gramm ausl. Nüssenfrüchte. Au über 60 bis 65 Jahre alte Personen 250 Gramm Nüsse, 200 Gramm Rindergerichten. An weibliche Mütter 200 Gramm Wachs. Verteilung von einer Karte auf die große Haushaltung. 2 1/2 Paletten, 2 Paletten. In Stelle der nicht ausgegebenen Karte sein werden 200 Gramm Hüllentruhe, 200 Gramm Kartoffelkeulen, 2 Hül. Kohl-rüben verteilt.

Reinholdendorf. Für Jugendliche 200 Gramm Sago, 250 Gramm Teilmaren. Au Adalbertstr. 111 der Groß-Berliner Lebensmittelstelle 125 Gramm Cranben, 125 Gramm Sagen, 125 Gramm Nüssenfrüchte. Auf die Rumpfabteilung der Kinderkarten: Karte A 1 Hül. Rindergerichten, 2 Paletten Jambon, 2 Paletten Reis, Karte B 1/2 Hül. Rindergerichten, 2 Paletten Reis, 2 Paletten Nüssenfrüchte, Karte C 1/2 Hül. Rindergerichten, 2 Paletten Reis, 2 Paletten Nüssenfrüchte.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

26.-28. Jhr. Sonntag, den 25. Januar, 4 Uhr, Märchenvorlesung...

30. Jhr. Freitag, den 27. 7. Uhr, im Lokal von Oßling, Carmen-Salza-Strasse 22...

Zentralverband der Beamten. Vertrauensleute und Funktionäre der Beamten...

Schöneberg. Freitag, 7 Uhr. Diskussionsabend bei Bulterslowk...

Stantenburg. Heute 8 Uhr, bei Eds. Dorfstr. 1. Referent: Genosse Selgt.

Jugendveranstaltungen.

Veren Arbeiterjugend Groß-Berlin. Samstag, den 24. 7 Uhr, in der Gemeindeschule...

Aus aller Welt.

Heulenpest an unserer Grenze. Tschedische Wälder werden aus Mährisch-Odrau...

Zur Katastrophe von Schneidmühl wird berichtet, daß ein Unteroffizier am Bahndamm...

Die Kalkstein. In Sambura dürften ab Freitag die Verlehmittel auf die Zeit von 5 bis 10 Uhr...

Auch ohne Auslieferung. Von dem Kriegsgericht in Bille wird dieser Tage der deutsche Hauptmann...

Das französische „Schleifstahl“. Nachdem der Magistrat der Stadt Schleifstahl...

Die Bezeichnung „Schleifstahl“ unrichtig eingeführt, ein Wort, das unter dem französischen Regime...

Rudapest. Die holländische Botschaft unternahm eine Rundfahrt durch Budapest...

Briefkasten der Redaktion.

Leser Nr. des Briefkasten bestimmten Anträge...

E. N. 49. Zunächst muß Ihr Sohn in einem Fachgeschäft eine Lehrzeit durchmachen...

Steinder Weisen KOPP & JOSEPH, Parfümeriefabrik, Berlin W 50, Potsdamer Str. 122.

Das Original aller Nagelpoliersteine ist das ideale Nagelpolier- u. Pflegemittel Stück Mk. 3.

CSHOW 8753. Schneemaschinen, Schneefräsen, Schneehäcksler...

Kupfer 16 M. Rotguld 12, Messing 9, Zink 4 M. per Kilo Kauf...

Deutscher Eisenbahnverband Bezirk Berlin. Am Donnerstag, den 22. Januar 1920 findet die Beerdigung...

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter Ortsverwaltung Groß-Berlin. General-Versammlung am Freitag, den 23. Januar 1920...

Für 40 Mark erhalten Sie 100 prima Leder-Schnürsenkel...

Dr. med. Hollaender Spezialarzt. Aufklärende Broschüre Nr. X. 2,50 M. gegen Nachnahme.

Gold, Silber, Platin, Taschenuhren. M. Müller, Berlin, Münzstr. 5.

General-Versammlung der Sterbekasse ehem. Pflugschar Arbeiter (Metzler'sche Kasse) am Sonntag, den 23. Januar 1920...

Spisezimmer. Herrensessel, Schlafstühle, Salontische...

Platin! Gold! Silber! Brillanten! Zahngelbte Alter Schmuck.

Münzen Gold Silber kauft Ball, Münzenhandlung, Berlin, Wilhelmstr. 47.

Spezial-Behandlung. Meine großen Möbel-Läger mit Speisemöbeln, Herrenmöbeln...

Neu-Eröffnung! Edel-Metall-Geschäft. Adolf Friedländer, Kommandantenstr. 29.

Berliner Sitzmöbel-Industrie. Eigene erzk. Fabrik. Lagerverkauf erboten!

Silbereinkauf. 50 Pf. (Silber) = 4,- M. 1 Mark = 16,- M.

Zahnegebisse. Platin! Gold! Silber! Brillanten!

Silbermünzen, Goldmünzen kauft Kaiser, Großmüllerstr. 201.

Quecksilber. 1 Kilo bis 115.- Mark. Metallkontor Alte Jakobstraße 138.

Platin Gr. 173. Zahngebisse, Brennpitzen, Platinkontakte...

Blei! Zinn! Weißmetall! alle Leistungen...

Goldwaren - Fabrik. Neue Grünstr. 1A, 2. Etage rechts.

Zahnegebisse. Zahngelbte Alter Schmuck.

Möbel günst. Einkauf. Herren- u. Schlaf-Zimmer, Küchen.

Brillanten Juwelen. Brillanten, Perlen, Edelsteine...

Spezialarzt Dr. Hasché. Spezialitäten 10-1, 5-6, Sonntag 10-1.

Wir kaufen für Export Kupferleitungen, Litzen, Dynamo- und Wachsdräht...

Silbermünzen. 1,- M. zuzüglich 7,50, Goldmünzen 20,- = 200,-

Zahnegebisse. Zahngelbte Alter Schmuck.

Möbel günst. Einkauf. Herren- u. Schlaf-Zimmer, Küchen.

Platin! Gold! Silber! Brillanten! Zahngelbte Alter Schmuck.

Konservenglas-Öffner. Unter jeder Glasgröße und Form spielend leicht öffnende Schlingmann...

Elektromotore. Gleichstrom : : Drehstrom kauft Ingenieurbureau Schillinghoff...

Silbermünzen. 1,- M. zuzüglich 7,50, Goldmünzen 20,- = 200,-

Zahnegebisse. Zahngelbte Alter Schmuck.

Möbel günst. Einkauf. Herren- u. Schlaf-Zimmer, Küchen.

Platin! Gold! Silber! Brillanten! Zahngelbte Alter Schmuck.

Isolierten Kupferdräht, Litzen und Wachsdräht. kauft höchstzahlende Ingenieurbureau Schillinghoff...

Tasche. Berlin, Unter den Eichenstr. 10, Schillinghoff, Berliner Str. 68.

Silbermünzen. 1,- M. zuzüglich 7,50, Goldmünzen 20,- = 200,-

Zahnegebisse. Zahngelbte Alter Schmuck.

Möbel günst. Einkauf. Herren- u. Schlaf-Zimmer, Küchen.

Platin! Gold! Silber! Brillanten! Zahngelbte Alter Schmuck.

J.H. Garich. Spezialitäten 10-1, 5-6, Sonntag 10-1.

Tasche. Berlin, Unter den Eichenstr. 10, Schillinghoff, Berliner Str. 68.

Silbermünzen. 1,- M. zuzüglich 7,50, Goldmünzen 20,- = 200,-

Zahnegebisse. Zahngelbte Alter Schmuck.

Möbel günst. Einkauf. Herren- u. Schlaf-Zimmer, Küchen.

Platin! Gold! Silber! Brillanten! Zahngelbte Alter Schmuck.

J.H. Garich. Spezialitäten 10-1, 5-6, Sonntag 10-1.

Tasche. Berlin, Unter den Eichenstr. 10, Schillinghoff, Berliner Str. 68.

Silbermünzen. 1,- M. zuzüglich 7,50, Goldmünzen 20,- = 200,-

Zahnegebisse. Zahngelbte Alter Schmuck.

Möbel günst. Einkauf. Herren- u. Schlaf-Zimmer, Küchen.

Platin! Gold! Silber! Brillanten! Zahngelbte Alter Schmuck.

J.H. Garich. Spezialitäten 10-1, 5-6, Sonntag 10-1.

Tasche. Berlin, Unter den Eichenstr. 10, Schillinghoff, Berliner Str. 68.

Silbermünzen. 1,- M. zuzüglich 7,50, Goldmünzen 20,- = 200,-

Zahnegebisse. Zahngelbte Alter Schmuck.

Möbel günst. Einkauf. Herren- u. Schlaf-Zimmer, Küchen.

Platin! Gold! Silber! Brillanten! Zahngelbte Alter Schmuck.

J.H. Garich. Spezialitäten 10-1, 5-6, Sonntag 10-1.

Tasche. Berlin, Unter den Eichenstr. 10, Schillinghoff, Berliner Str. 68.

Silbermünzen. 1,- M. zuzüglich 7,50, Goldmünzen 20,- = 200,-

Zahnegebisse. Zahngelbte Alter Schmuck.

Möbel günst. Einkauf. Herren- u. Schlaf-Zimmer, Küchen.

Platin! Gold! Silber! Brillanten! Zahngelbte Alter Schmuck.

